

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung

Inhaltsübersicht

| | Seite | Textziffer |
|--------------------------------------------------------------------------|---------|------------|
| A. Die Krise und ihre Lehren | 3, 4 | 1 bis 12 |
| I. Bewältigung der Krise | 3 | 1 bis 8 |
| II. Preispolitik der Förderländer | 4 | 9 und 10 |
| III. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen | 4 | 11 und 12 |
| B. Folgen für die Energiepolitik | 5 bis 7 | 13 bis 25 |
| I. Veränderungen in den Ausgangsdaten | 5 | 13 bis 17 |
| II. Schlußfolgerungen für die energiepolitischen Ziele | 5, 6 | 18 und 19 |
| III. Entwicklung des deutschen Energiemarktes bis 1980 und 1985 | 6, 7 | 20 bis 25 |
| Gesamtverbrauchsschätzung | 6 | 20 |
| Quantitative Orientierung | 6, 7 | 21 bis 23 |
| C. Internationale und europäische Zusammenarbeit | 7, 8 | 26 bis 29 |
| Europäische Gemeinschaft | 7 | 27 |
| Internationales Energieprogramm | 7, 8 | 28 und 29 |

| | Seite | Textziffer |
|----------------------------------------------------------------------|-----------|------------|
| D. Verbesserte Krisenvorsorge | 8, 9 | 30 bis 39 |
| I. Bevorratung | 8, 9 | 31 bis 39 |
| Mineralölbevorratungsgesetz | 8, 9 | 31 |
| Bundesrohölreserve | 9 | 32 und 33 |
| Bevorratung Ölkraftwerke | 9 | 35 |
| Freiwillige Verbraucherbevorratung | 9 | 36 |
| Steinkohlenreserve | 9 | 38 |
| II. Krisenmanagement | 9 | 39 |
| E. Maßnahmen bei den einzelnen Energieträgern | 9 bis 17 | 40 bis 67 |
| I. <i>Mineralöl</i> | 9 bis 11 | 40 bis 45 |
| Ausrichtung der Politik | 9 | 40 |
| Maßnahmen zur Sicherung der langfristigen Versorgung mit Öl | 10, 11 | 41 bis 45 |
| Leistungsfähige deutsche Mineralölgruppe | 10 | 41 |
| DEMINEX | 10 | 42 und 43 |
| Raffineriestruktur | 11 | 44 |
| Markttransparenz | 11 | 45 |
| II. <i>Erdgas</i> | 11 | 46 bis 48 |
| Neue Versorgungsquellen | 11 | 46 |
| Exploration im Bundesgebiet | 11 | 47 |
| III. <i>Steinkohle</i> | 11 bis 15 | 49 bis 60 |
| Förderkapazität | 12 | 51 |
| Absatzbereich Elektrizitätswirtschaft | 12 | 52 |
| Absatzbereich Stahlindustrie | 13 | 53 |
| Übriger Absatzbereich | 14 | 54 |
| Kohleausfuhr | 14 | 55 |
| Kohlezollkontingentgesetz | 14 | 56 |
| Investitionshilfen und Sozialmaßnahmen | 14, 15 | 57 bis 60 |
| IV. <i>Braunkohle</i> | 15 | 61 |
| V. <i>Kernenergie</i> | 15 bis 17 | 62 bis 67 |
| Produktionsziel 1985 | 15 | 62 |
| Kernkraftwerksbau | 15 | 63 |
| Sicherheitsaspekte | 16 | 64 |
| Neue Reaktorlinien | 16 | 65 |
| Uranversorgung | 16 | 66 |
| Brennstoffkreislauf | 17 | 67 |
| F. Energieeinsparung | 17, 18 | 68 bis 72 |
| G. Investitionsprobleme der deutschen Energiewirtschaft | 18 | 73 bis 76 |
| H. Energieversorgung und Umweltschutz | 19, 20 | 77 bis 80 |
| J. Energieforschung | 20, 21 | 81 bis 84 |

Mit ihrem Energieprogramm vom 26. September 1973 hat die Bundesregierung erstmals eine Konzeption zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung entwickelt. Sie hat dabei betont, daß es „ständige wirtschaftspolitische Aufgabe sein wird, das Programm fortzuschreiben und es an sich verändernde Situationen anzupassen.“

Die Ölkrise und die durch sie ausgelösten tiefgreifenden Veränderungen an den Weltenergiemärkten haben diese Notwendigkeit sehr schnell ergeben.

Die erste Fortschreibung des Energieprogramms wird hiermit vorgelegt.

A. Die Krise und ihre Lehren

I. Bewältigung der Krise

1. Die Bundesregierung hat im Energieprogramm erklärt, daß die Risiken für die Energieversorgung nicht abstrakte Möglichkeiten, sondern reale Gefährdungstatbestände sind. Im Ölbereich wurde dieses Risiko anlässlich des arabisch-israelischen Konflikts Wirklichkeit. So führten die von den arabischen Förderländern am 17. Oktober und 28. November 1973 beschlossenen Produktionskürzungen bis 25 % sowie Liefersperrern in den Verbraucherländern ab November zu einer entscheidenden Verminderung der Ölzufuhren. Das generelle Embargo u. a. gegen den für unsere Versorgung wichtigen Hafen Rotterdam traf besonders die Bundesrepublik.

2. Die Ausfälle bei der deutschen Versorgung mit Rohöl stiegen, gemessen an Oktober 1973, von 7 % im November auf 12 % im Dezember und 13 % im Januar 1974. Die Einfuhren von Fertigprodukten fielen gleichzeitig um 8 %, 21 % und 32 % zurück. Unsere mit rd. 30 % hohe Abhängigkeit von Produktimporten führte vor allem bei leichtem Heizöl und bei Treibstoffen zu überproportionalen Ausfällen.

3. Mit dem innerhalb von nur zwei Tagen verabschiedeten Energiesicherungsgesetz stellte das Parlament am 9. November 1973 die gesetzliche Grundlage für die notwendigen Regierungsmaßnahmen zur Verfügung.

4. Am 19. November 1973 verordnete die Bundesregierung Geschwindigkeitsbeschränkungen und ein auf vier Sonntage beschränktes Fahrverbot. Bei leichtem Heizöl konnte sich die Bundesregierung wegen der verhältnismäßig guten Verbraucherbevorratung darauf beschränken, zum sparsamen Heizen aufzurufen. Zur Abstützung dieser freiwilligen Einsparungen forderte der Bundesminister für Wirtschaft Mineralölwirtschaft und Handelsverbände

auf, die Auslieferungen an die Verbraucher entsprechend zu kürzen. Die Versorgungsschwierigkeiten bei schwerem Heizöl wurden durch Substitution von Öl durch Kohle aufgefangen. Die Einsparung durch die Substitution vor allem in der Elektrizitätswirtschaft und der Stahlindustrie betrug monatlich 300 000 bis 500 000 t.

5. Um in Einzelfällen akute Versorgungsengpässe — oftmals durch unzureichende Bevorratung einzelner Verbraucher ausgelöst — zu überwinden, richtete die Mineralölwirtschaft auf Anregung des Bundeswirtschaftsministeriums Clearing-Stellen für Treibstoffe, leichtes Heizöl, schweres Heizöl, Bunkeröl, Naphta und Flüssiggas ein. Die nach § 12 des Energiesicherungsgesetzes genehmigten Clearing-Stellen unterstanden der Aufsicht des Bundeswirtschaftsministeriums.

Die gute Zusammenarbeit zwischen Bundeswirtschaftsministerium und Wirtschaft gestattete es, auf Bewirtschaftungsmaßnahmen zu verzichten.

6. Die Versorgungskürzungen führten insbesondere bei Produktimporten zu drastischen Preiserhöhungen, während die Preisbewegungen bei den im Inland hergestellten Produkten wesentlich ruhiger verliefen. Besondere Preisausschläge und Preisdifferenzen gab es bei leichtem Heizöl, bei dem die Einfuhr einen Anteil von 39 % hat. Im Interesse der mengenmäßigen Versorgung verzichtete die Bundesregierung aber darauf, die Preisbildung für Mineralölprodukte administrativ zu regeln. Mit dem Gesetz über die Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses vom 21. Dezember 1973 bot die Bundesregierung einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen Hilfe für die Bewältigung dieser miten in der Heizperiode eingetretenen drastischen Kostensteigerungen. Im übrigen konnten staatliche Hilfen auf die Landwirtschaft und die Fischerei beschränkt werden.

7. In der Krise wurde deutlich, daß die der Regierung zur Verfügung stehenden Daten über die Mengen- und Preisentwicklung nicht ausreichten. Bundeswirtschaftsministerium und Mineralölwirtschaft vereinbarten deshalb im November 1973 den systematischen Aufbau eines umfassenden Informations- und Meldesystems im nationalen Rahmen. Es hat sich jedoch alsbald gezeigt, daß die zu gewinnenden Erkenntnisse im nationalen Rahmen nicht ausreichen. Die weltweite Verflechtung von internationalen Gesellschaften verlangt eine internationale Ergänzung dieses Systems.

8. Mit dieser Politik und durch die verständnisvolle Mitwirkung der Bevölkerung konnte die Krise ohne ernste Schäden für die deutsche Volkswirtschaft überwunden werden. Die Bundesrepublik überstand diese Herausforderung insgesamt besser als die meisten anderen Industrieländer.

II. Preispolitik der Förderländer

9. Am 1. Januar 1974 leiteten die Förderländer mit einer Anhebung der Rohöllistenpreise in einem bisher kaum vorstellbaren Ausmaß eine neue Preispolitik ein. Inzwischen verdreifachten sich die Weltrohölpreise gegenüber dem Vorkrisenstand.

In der Bundesrepublik stiegen die Rohölpreise auf etwa 230 DM/t frei Grenze im März 1974, verglichen mit 76 DM/t im September 1973.

Die höheren Rohölpreise führten — begünstigt durch die eingetretene Mengenverknappung — weltweit zu extremen Preissteigerungen bei den Mineralölprodukten. In der Bundesrepublik erhöhten sich in dem genannten Zeitraum die Preise für leichtes Heizöl von 20 Pf/l auf etwa 32 Pf/l, für Benzin von 74 Pf/l auf 84 Pf/l und für schweres Heizöl von 80 DM/t auf 200 DM/t. In Rotterdam stiegen die Preise für Benzin, leichtes und schweres Heizöl noch weit stärker.

Diese unterschiedliche Preisentwicklung traf besonders den auf Importe angewiesenen Handel. Auch hier gelang es durch Einschaltung der Clearing-Stellen, die Belieferung der Verbraucher zu sichern und strukturelle Marktverschiebungen zu vermeiden. Inzwischen sind die Einfuhrpreise so weit zurückgegangen, daß die Importware wieder mit Angeboten aus der einheimischen Industrie konkurrieren kann.

Auch in der Krise blieben die Preise in der Bundesrepublik im Vergleich zu den übrigen westeuropäischen Verbraucherländern im Mittelfeld. Dies gilt sowohl gegenüber Staaten mit freien als auch mit administrierten Preisen.

10. Niemand kann gegenwärtig mit Anspruch auf Zuverlässigkeit erklären, wie die weltweiten Bewegungen der Mineralölpreise in der Zukunft durch politische und wirtschaftliche Vorgänge bestimmt werden.

Das Verhalten der Verbraucher und energiepolitische Maßnahmen können der Preisbewegung Grenzen setzen. Entscheidend ist aber das Ergebnis der Diskussion zwischen den Olförderländern und der übrigen Welt über diese Preispolitik und ihre schwerwiegenden Wirkungen auf die Zahlungsbilanzen vieler Länder und die gesamte Weltwirtschaft.

Die Dimension der Probleme verlangt von allen Beteiligten — Förder- und Verbraucherländer — ein hohes Maß an Einsicht und Verantwortungsbewußtsein. Von einem Ausgleich der Interessen hängt die Wohlfahrt der Weltwirtschaft ab.

III. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

11. Die abrupte und massive Steigerung der Ölpreise trifft die Weltwirtschaft in einer ohnehin instabilen Phase. Die Olförderländer tragen deshalb eine außerordentliche Verantwortung für die weitere Entwicklung. Eine falsche Einschätzung dieser Situation kann nicht absehbare Folgen für die Weltwirtschaft auslösen. Diese Aussage steht nicht im

Widerspruch zu dem auch von der Bundesregierung anerkannten Interesse der erdölproduzierenden Länder an angemessenen Preisen. Die Ölpreissteigerung hat die Zahlungsbilanzen nahezu aller auf Olimpote angewiesenen Länder zusätzlich schwer belastet. Die ölbedingten Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder im Jahre 1974 werden mit rd. 60 Mrd. DM angenommen. Dies bedeutet nach Schätzungen der OECD, daß die OECD-Länder 1974 insgesamt ein Leistungsbilanzdefizit in einer Größenordnung von 40 Mrd. US-\$ hinnehmen müssen. Die Entwicklungsländer müssen mit einer ölpreisbedingten Zunahme ihrer Leistungsbilanzdefizite um schätzungsweise 10 Mrd. US-\$ rechnen, einem Betrag, der mehr als die gesamte Kapitalhilfe anderer Staaten an diese Länder ausmacht.

Wenn die Ölpreise nicht erheblich sinken, besteht Gefahr, daß die Leistungsbilanzen der Ölverbraucherländer auch in den kommenden Jahren große Defizite aufweisen, weil die Importkapazität der Olförderländer zumindest auf absehbare Zeit begrenzt ist. Wichtige Olexportländer werden selbst auf mittlere Sicht und trotz Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation mit den Industrieländern die zusätzliche Kaufkraft nicht in ihren eigenen Volkswirtschaften voll absorbieren können. Notwendig ist daher zunächst, die Kapitalströme von den Ländern mit Überschüssen aus Oleinnahmen in die Defizitländer zu lenken. Dies liegt auch im Interesse der Olförderländer selbst.

Die Bundesregierung unterstützt daher die u. a. vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geförderten Bestrebungen zur direkten Weiterleitung der Olländerüberschüsse an die bedürftigen Länder unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Entwicklungsländer.

Auch unter den veränderten Bedingungen ist die Bundesregierung überzeugt, daß ein Rückfall in Bilateralismus und handelspolitischen Protektionismus keine Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft darstellen kann. Schritte in eine solche Richtung würden die Gefahren für Beschäftigung und Geldwertstabilität nur erhöhen und negative Kettenreaktionen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen auslösen. Die Bundesregierung hat sich deshalb nachdrücklich für eine inzwischen vom OECD-Ministerrat verabschiedete Stillhaltevereinbarung eingesetzt.

12. Die Auswirkungen der drastisch gestiegenen Ölpreise zeigen sich plastisch in der Tatsache, daß die Bundesrepublik in den ersten sieben Monaten dieses Jahres für ihre Olimpote 19,4 Mrd. DM aufwenden mußte, während hierfür zu Vorjahrespreisen lediglich 7,2 Mrd. DM notwendig gewesen wären. Dennoch hat die Bundesrepublik für absehbare Zeit keine aus der Ölpreiserhöhung resultierenden Zahlungsbilanzprobleme zu erwarten. Im Zeitraum Januar bis Juli 1974 weist die deutsche Leistungsbilanz sogar einen Überschuß von fast 16 Mrd. DM aus.

Die deutsche Wirtschaft hat auf die Veränderungen am Weltenergiemarkt mit großer Anpassungsfähigkeit reagiert. Bereits im Gange befindliche struktu-

relle Anpassungsvorgänge in einzelnen Bereichen sind verstärkt und beschleunigt worden.

Konjunkturell befand sich die deutsche Wirtschaft bereits vor der Ölkrise in einer Phase der Beruhigung. Diese Tendenz wurde durch die Krise zunächst verstärkt. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vom 19. Dezember 1973 haben jedoch dazu beigetragen, krisenbedingte Beschäftigungseinbrüche zu verhindern. Durch die Beschlüsse der Bundesregierung vom 6. Februar und vom 25. September 1974 wurden Sonderprogramme für Gebiete mit speziellen Struktur- und Beschäftigungsproblemen verabschiedet und damit eine regionale und lokale Abstützung der Beschäftigung erreicht.

Die massiven Preiserhöhungen für Öl und Ölprodukte haben sich sowohl direkt als auch indirekt auf das Preisniveau und auf das Preisgefüge ausgewirkt. Vor allem in Bereichen, die in besonderem Maße Mineralöl und Mineralölprodukte einsetzen, haben sich Kostenerhöhungen ergeben. Die direkten Auswirkungen der Preiserhöhungen bei Benzin und leichtem Heizöl auf den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte betragen noch im Februar 1974 1,1 % und haben sich nach Preisrückgängen am Mineralölmarkt im August 1974 auf 0,5 % verringert.

B. Folgen für die Energiepolitik

I. Veränderungen in den Ausgangsdaten

13. Die Ausgangsdaten und die Bedingungen für die deutsche Energiepolitik haben sich wesentlich verändert.

Dabei ist heute nur eine Zwischenbilanz möglich. Neue verlässliche Strukturen des Weltenergiemarktes und stabile Preisrelationen zwischen den Energieträgern haben sich noch nicht gebildet. Erfahrungen aus der Vergangenheit sind nur bedingt nutzbar, da die Energiemärkte nie zuvor einem derartig tiefgreifenden und schnellen Wandel unterlagen.

14. Der Weltölmarkt ist verstärkt durch außerökonomische Gegebenheiten mitbestimmt. Öl ist von den Förderländern erstmals als politisches Instrument eingesetzt worden.

Die Förderländer übernehmen die Ölproduktion zunehmend in eigene Regie; ihr Engagement in den nachfolgenden Stufen von Produktion und Vertrieb verstärkt sich. Gleichzeitig ist ein tiefgreifender Umverteilungsprozeß zugunsten der erdölproduzierenden Länder und zu Lasten der Industriestaaten sowie der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer in Gang gekommen.

15. Die Wettbewerbsrelationen zwischen Öl und den anderen Energieträgern sind gravierend verschoben. Die Positionen für andere Energien haben sich verbessert. Dies gilt für die bereits vorher kostengünstige Kernenergie, für Erdgas und für Braunkohle. Diese Veränderungen des Weltenergie-

marktes geben auch der Steinkohle neue Entwicklungsmöglichkeiten.

16. Wichtige neue Tendenzen sind:

- Die Energienachfrage steigt weltweit deutlich langsamer.
- Das gesamte Energiepreisniveau hat sich erhöht.
- Die Exploration zusätzlicher Energiequellen wird verstärkt angereizt. Bisher wegen zu hoher Kosten unwirtschaftliche Energievorkommen können die Rentabilitätsschwelle überschreiten oder kommen ihr nahe.
- Neue Technologien der Energieerzeugung, des -transports und der -verwendung erhalten weltweit größere Chancen. Möglichkeiten zur rationellen Energienutzung und zur Energierückgewinnung treten stärker in den Vordergrund. Die Forschungsanstrengungen werden weltweit verstärkt.

Diese Reaktionen sind wichtig und schaffen eine gewisse Entlastung; sie können aber das Grunddatum unserer Abhängigkeit vom Öl bis zur Mitte der 80er Jahre nicht entscheidend verändern.

17. Diese tiefgreifenden Änderungen treffen in unserem Land auf folgende energiewirtschaftliche Struktur:

- Das Energieangebot ist breit gefächert, aber zu 57 % einfuhrabhängig.
- Unsere Energieversorgung stützt sich auf eine Vielfalt leistungsfähiger Energieunternehmen, die bisher ihrer Versorgungsaufgabe im wesentlichen gewachsen waren.
- Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über bedeutende Steinkohlenvorkommen.
- Wir haben die größte Braunkohleförderung der westlichen Welt.
- Die mit großen Anstrengungen vorangetriebene Entwicklung der Kernenergie hat die Bundesrepublik Deutschland technologisch in die internationale Spitzengruppe gebracht. Dennoch beträgt der Anteil der Kernenergie am Primärenergieverbrauch z. Z. nur 1 %.
- Das Erdgasangebot wird gegenwärtig rund zur Hälfte aus der einheimischen Förderung gedeckt — die Erhöhung des Beitrages dieser Energie hängt vom internationalen Engagement ab.
- Die heimischen Öl-vorkommen decken nur 5 % des Mineralölangebots, das 1973 mit 55 % am Primärenergieverbrauch beteiligt war.

II. Schlußfolgerungen für die energiepolitischen Ziele

18. Eine reibungslose Energieversorgung ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Erklärungen vieler Förderländer, daß sie das Ölangebot tendenziell knapp halten wollen, um ihre eigenen Reserven zu schonen und sie optimal zu nutzen, müssen ernst genommen werden. Das Risiko temporärer Krisen und Angebotsstörungen besteht weiter. Andererseits ist

der energiepolitische Handlungsrahmen angesichts der hohen Einfuhrnotwendigkeiten und der begrenzten Möglichkeiten, kurzfristig große Ölmengen zu ersetzen, beschränkt. Die deutsche Volkswirtschaft muß mittelfristig mit diesem Risiko leben.

Angesichts dieser Situation hat die Sicherung der Energieversorgung in der deutschen Wirtschaftspolitik eine höhere Priorität als je zuvor. Als Lehren aus der Krise sind neue Impulse und zusätzliche Maßnahmen notwendig:

- Höhere Priorität für die Sicherung der Mineralölversorgung und Zurückdrängung des Mineralölanteils an der Energieversorgung.
- Beschleunigung der Nutzung der Kernenergie, des Erdgases und der Braunkohle.
- Neue Position für die Steinkohle.
- Verbesserte langfristige Standortvorsorge für Energieanlagen.
- Verstärkte Energieeinsparung.
- Höhere Priorität für die Energieforschung.
- Verstärkung der Krisenvorsorge.

19. Die Grundziele der Energiepolitik der Bundesregierung bleiben unverändert:

- Ausreichendes und preisgünstiges Energieangebot für Verbraucher in allen Teilräumen der Bundesrepublik.
- Mittel- und langfristige Sicherung dieses Energieangebotes.
- Bereitstellung der Energie zu günstigen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten auf lange Sicht.
- Sachgerechte und frühzeitige Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes, um die energie- und umweltpolitischen Belange miteinander in Einklang zu bringen.

III. Entwicklung des deutschen Energiemarktes bis 1980 und 1985

20. Die Bundesregierung erwartet, daß der deutsche Energieverbrauch langsamer steigen wird als im Energieprogramm vom September 1973 prognostiziert. Sie schätzt den Verbrauch nunmehr für

1980 auf 475 Millionen t SKE und für 1985 auf 555 Millionen t SKE. Er würde damit um 35 Millionen t SKE oder 7 % im Jahre 1980 und um 55 Millionen t SKE oder 9 % im Jahre 1985 niedriger liegen als im Energieprogramm 1973 angenommen wurde. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem ein wahrscheinlich geringeres gesamtwirtschaftliches Wachstum sowie eine sparsamere und rationellere Energieverwendung als Reaktion der Verbraucher auf das erhöhte Preisniveau und auf staatliche Maßnahmen.

Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus — insbesondere durch die Entwicklung neuer Technologien — darum bemühen, den Energieverbrauch auch gegenüber diesen Prognosen zu verringern, soweit dies ohne nachteilige Folgen für das Wirtschaftswachstum möglich ist.

21. Die Bundesregierung geht in dieser Fortschreibung über eine reine Wahrscheinlichkeitsschätzung hinaus und legt eine bedingte Prognose vor, in der sich die erwarteten Ergebnisse ihrer Energiepolitik widerspiegeln. Sie ist Orientierungshilfe für die Energiepolitik der Bundesregierung und für die Entscheidungen der Wirtschaft. Angesichts der geschilderten Unsicherheiten über die weitere Entwicklung auf den internationalen Energiemärkten wird dieser quantitative Rahmen bei veränderten Daten jeweils angepaßt werden; er ist also von starren quantitativen Zielen klar zu unterscheiden.

Bei der Erarbeitung stützte sich die Bundesregierung auf die verfügbaren wissenschaftlichen Arbeiten, Prognosen und Informationen im nationalen und internationalen Bereich.

Die Bundesregierung hat zunächst überprüft, welcher Beitrag der heimischen Energien angesichts der veränderten Lage möglich und notwendig ist. Sie hat sodann ermittelt, welchen Beitrag andere relativ sichere Energien, wie Erdgas und Kernenergie, leisten können und sollen. Es zeigt sich, daß bis Mitte der 80er Jahre ein wesentlicher Teil des Energiebedarfs weiterhin durch Mineralöl gedeckt werden muß.

Eine über eine bedingte Prognose hinausgehende Zahl nennt die Bundesregierung für Steinkohle bis zum Jahre 1980.

22. Es ergibt sich folgendes Bild:

| | 1973 Millionen t SKE | % | 1980 Millionen t SKE | % | 1985 Millionen t SKE | % |
|------------------------------|----------------------------|-----|----------------------------|-----|----------------------------|-----|
| Mineralöl | 209 | 55 | 221 | 47 | 245 | 44 |
| Steinkohle | 84,2 | 22 | 82 *) | 17 | 79 | 14 |
| Erdgas | 38,6 | 10 | 87 | 18 | 101 | 18 |
| Braunkohle | 33,1 | 9 | 35 | 7 | 38 | 7 |
| Kernenergie | 4 | 1 | 40 | 9 | 81 | 15 |
| Sonstige | 9,7 | 3 | 10 | 2 | 11 | 2 |
| Primärenergieverbrauch | 378,6 | 100 | 475 | 100 | 555 | 100 |

*) Unter Berücksichtigung der Absatzerwartungen; siehe Tz. 51

23. Es wird deutlich:

- Die Abhängigkeit unserer Energieversorgung vom Mineralöl wird von 55 % auf etwa 47 % im Jahre 1980 und etwa 44 % im Jahre 1985 reduziert. Dennoch bleibt das Mineralöl bis Mitte der 80er Jahre der wichtigste Energieträger. Der Entwicklung des Blocks der sicheren Energien sind Grenzen gesetzt. Ein zusätzliches Angebot über neue Technologien wird in entscheidendem Umfang erst längerfristig ins Gewicht fallen können. Außerdem kann Mineralöl in einer Reihe von Verwendungsbereichen, wie z. B. in der Petrochemie oder im Verkehrssektor, aus technischen Gründen vorerst nicht ersetzt werden.
- Erdgas und Kernenergie haben hohe Zuwachsraten. Zusammen mit Braunkohle erreichen sie Mitte der 80er Jahre einen Anteil an der Primärenergieversorgung von etwa 40 %. Im Energieprogramm 1973 war der Beitrag dieser drei Energien auf etwa ein Drittel geschätzt worden.
- Der Beitrag der Steinkohle zur Primärenergieversorgung wird bis 1980 etwa in der heutigen Größenordnung stabilisiert.

Die regionalen Aspekte der Energiemarktentwicklung müssen in Zusammenarbeit mit den Ländern geprüft werden.

24. Diese Prognose ist, wie jede Vorausschau, mit Risiken belastet. Zu der generellen Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltmärkte kommen die spezifischen Risiken einzelner Energieträger. Die Zuwachsraten bei Kernenergie und Erdgas setzen große Anstrengungen aller Beteiligten voraus. Verzögerungen bei der Beschaffung, beim Ausbau der Erzeugung- und Transportkapazitäten sowie in den Genehmigungsverfahren sind nicht auszuschließen.

25. Die Bundesregierung verzichtet bei dieser Fortschreibung noch darauf, Prognosen über die langfristige Entwicklung nach 1985 zu geben. Die Entwicklung ab Mitte der 80er Jahre ist aus heutiger Sicht praktisch noch nicht quantifizierbar, weil sie von sehr unsicheren Faktoren außerhalb des Energiebereichs abhängt. Hierzu gehört die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Weltwirtschaft ebenso wie das Verbraucherverhalten. Wesentlich wird auch das Ergebnis der weltweiten energiepolitischen Anstrengungen zur Entwicklung alternativer Energien und neuer Energietechnologien sein.

Da andererseits der Einschätzung der langfristigen Entwicklung energiepolitisch große Bedeutung zukommt, hat die Bundesregierung Gutachten über die Perspektiven des Energiemarktes bis zum Jahre 2000 vergeben.

C. Internationale und europäische Zusammenarbeit

26. Die Probleme des Weltenergiemarktes können nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst

werden. Der gegenwärtig noch weitgehend nationale energiepolitische Handlungsrahmen reicht künftig nicht mehr aus.

Nur wenn die Spannungen am Weltölmarkt abgebaut werden, kann eine von Preis und Menge her stabile Versorgung erreicht werden. Die internationale Zusammenarbeit in der Energiepolitik muß vor allem auf folgende Aspekte ausgerichtet sein:

- Die westlichen Industriestaaten müssen gemeinsam Wege finden, um ihre Versorgungsbedürfnisse in dieser veränderten energiepolitischen Welt zu sichern.
- Sie müssen gemeinsam versuchen, die Abhängigkeit vom Energieträger Öl zu verringern.
- Sie müssen ihr Verhältnis zu den Förderländern in ein neues Gleichgewicht bringen.
- In dieser Zusammenarbeit liegt angesichts des gewaltigen Energiebedarfs der Zukunft der Schlüssel für die Lösung der Vorhaben, welche die Kraft der einzelnen Volkswirtschaften übersteigen. Dies gilt vor allem für die Entwicklung neuer Energiequellen und entsprechender Technologien.
- Die bilaterale Zusammenarbeit mit den Förderländern muß die geeignete multilaterale Ergänzung finden, um im größeren internationalen Rahmen den notwendigen fairen Interessenausgleich zu ermöglichen.

Um Konfrontationen zu vermeiden, müssen neue Formen des Gesprächs zwischen allen beteiligten Ländern, zwischen den industrialisierten Verbraucherländern, den nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländern und den Ölförderländern gefunden werden. Die Bundesregierung fordert deshalb alle Regierungen auf, diese energiepolitischen Aufgaben in gemeinsamer Anstrengung zu lösen.

27. Eine gemeinsame Energiepolitik in der Europäischen Gemeinschaft ist unverzichtbar. Die Bundesregierung begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine energiepolitische Strategie. Er kann ein Ausgangspunkt für die notwendigen Schritte sein.

Die vom Ministerrat am 17. September 1974 angenommene Entschliebung bekräftigt den politischen Willen zu einer gemeinschaftlichen Energiepolitik. Die Bundesregierung wird an dieser Grundlage für ein energiepolitisches Konzept der Gemeinschaft festhalten und mit aller Aktivität ihren Beitrag leisten. Wichtigste Ziele sind nach deutscher Auffassung die Erhöhung der Sicherheit der Energieversorgung, insbesondere durch die verstärkte Nutzung der eigenen Energieträger und gemeinsame und koordinierte Anstrengungen zur Beschaffung zusätzlicher Energie sowie zur Förderung von Forschung und Technologie.

28. Die Anstrengungen für eine breit angelegte Zusammenarbeit der Verbraucherländer haben in den letzten Wochen greifbare Ergebnisse gebracht. Die zwölf an den Folgearbeiten der Washingtoner Energiekonferenz vom Februar 1974 beteiligten

Industrieländer — Belgien, Dänemark, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, USA und die Bundesrepublik Deutschland — haben den Text eines umfassenden, auf dem Grundsatz der Solidarität basierenden Internationalen Energieprogramms ausgearbeitet. Die Bundesregierung begrüßt dieses Vertragswerk. Sie stimmt ihm zu. Sie hofft, daß es nach Billigung durch die beteiligten Regierungen kurzfristig in Kraft treten kann.

Ziel dieses Programms ist die Mobilisierung der eigenen energiepolitischen Kräfte der Verbraucherländer. Dies bedeutet keine Konfrontation mit den Förderländern. Denn wesentlicher Inhalt des Vertragswerks ist auch, mit den erdölproduzierenden Ländern zu einem Dialog zu kommen, der zu einem fairen Interessenausgleich und zur Stabilisierung der Weltenergiemärkte hinführt.

29. Das Programm hat folgende Schwerpunkte:

- Ein System solidarischer Zusammenarbeit zur Überwindung von Versorgungskrisen, das insbesondere Verpflichtungen zum Aufbau von Mindestvorräten und zur Einführung von Mindestnachfragebeschränkungen im Krisenfall umfaßt und eine gleichmäßige Aufteilung der noch verfügbaren Ölmengen auf alle beteiligten Länder vorsieht;
- gemeinsame langfristige Programme für die rationelle Nutzung der Energie, für die Entwicklung alternativer Energiequellen, für Energieforschung und -entwicklung sowie für die Urananreicherung;
- ein umfassendes Informationssystem — ergänzt durch Konsultationen mit den internationalen Ölgesellschaften —, das künftig regelmäßig wesentliche Daten über die Vorgänge auf dem internationalen Ölmarkt und die Aktivitäten der Ölgesellschaften zentral erfaßt. Erst damit wird eine die internationale Verflechtung umfassende Beurteilung möglich sein;
- Vorbereitung des Dialogs mit den Förderländern.

Mit dieser in der Energiepolitik der Industriestaaten bisher einmaligen Anstrengung können die teilnehmenden Staaten eine entscheidende Grundlage für die Lösung der dringenden Energieprobleme der Welt schaffen.

D. Verbesserte Krisenvorsorge

30. Die vergangenen Monate haben die große Bedeutung einer optimalen Krisenvorsorge in Form von Energiebevorratung, Austauschbarkeit zwischen den Energieträgern und eines schlagkräftigen Krisenmanagements gezeigt. Eine solche Vorsorge ist besonders für die entscheidende Anfangsphase kritischer Entwicklungen wichtig.

Die Bundesregierung strebt eine Kombination dieser Maßnahmen an, die den volkswirtschaftlich günstigsten Wirkungsgrad hat.

Die Bundesregierung wird die nationale Krisenvorsorge verstärken und mit den europäischen und neuen internationalen Verpflichtungen abstimmen.

I. Bevorratung

31. Da das größte Risiko auf absehbare Zeit bei Mineralöl besteht, ist für die Bundesregierung in diesem Bereich wichtig:

Beschleunigte Verabschiedung der dem Parlament vorliegenden Novelle des Mineralölbevorratungsgesetzes. Die Novelle sieht eine Erhöhung der Vorratspflicht für Raffinerien von 65 auf 90 Tage sowie für Importeure von 45 auf 70 Tage vor.

Wegen der drastischen Erhöhung der Rohölpreise wird die Bundesregierung für alle Vorratspflichtigen steuerliche Erleichterungen und für die unabhängigen Importeure zusätzlich Sonderregelungen vorschlagen, um die Einbeziehung dieser Gruppe in die Vorratspflicht zu ermöglichen.

Die Novelle sieht bisher lediglich eine Freistellung der — aufgrund der erhöhten Vorratspflicht — zusätzlich einzulagernden Vorräte in Höhe von 25 Tagen und der dafür erforderlichen Tanklager von den einheitswertabhängigen Steuern (Vermögen- und Gewerbesteuer) vor.

Diese steuerliche Regelung soll wie folgt ergänzt werden:

- Gewährung einer steuerfreien Rücklage, die nach zehn Jahren in fünf weiteren Jahren aufzulösen ist, zur Vermeidung einer Ertragbesteuerung der Buchgewinne, die ausschließlich auf dem einmaligen Preissprung im Mineralölbereich 1973/74 in Verbindung mit der technischen Notwendigkeit einer Wälzung der Pflichtvorräte — unter Begrenzung auf Vorräte von 25 Tagen — beruhen.
- Ausdehnung der in der Novelle zum Mineralölbevorratungsgesetz bereits vorgesehenen Freistellung einer Vorratsmenge von 25 Tagen von den einheitswertabhängigen Steuern auf 40 Tage für die Gruppe der unabhängigen Importeure.

Für die unabhängigen Importeure schlägt die Bundesregierung außerdem vor:

- Die Vorratspflicht dieser Gruppe wird auf 44 Tage begrenzt, um die unterschiedlichen Kosten für neu anzulegende Vorräte im Verhältnis zu Altvorräten auszugleichen.
- Für die Rohöleinlagerung wird der Bund den notwendigen Kavernenraum mietweise zur Verfügung stellen.
- Der Kauf von Rohölmengen wird durch die bundeseigene Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) in Bonn durchgeführt und erforderlichenfalls mit Bundesbürgschaften abgesichert. Die laufenden Kosten sind von den Importeuren zu tragen.
- Soweit die Bevorratungspflicht anstelle von Rohöl mit Mineralölprodukten erfüllt wird, ist die Bundesregierung bereit, unter noch festzulegen-

den Voraussetzungen Bundesbürgschaften für die Finanzierung der Tanklager und die Beschaffung der Vorräte zu gewähren.

32. Die Bundesregierung beginnt noch 1974 mit der Einlagerung einer Bundesrohölreserve von 4 Millionen t. Die Finanzmittel sind im Haushalt 1974, im Entwurf des Haushalts 1975 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Die Einlagerung erfolgt in unterirdischen Salzkavernen. Ende 1974 werden etwa 400 000 t eingelagert sein; der Rest in jährlichen Etappen von 1,2 Millionen t, 1,4 Millionen t und 1 Million t bis Ende 1977.

33. Es ist weiterhin Ziel der Bundesregierung, die Bundesrohölreserve aufzustocken. Die im Kavernenbauprogramm der Bundesregierung vorgesehene Einlagerung von 10 Millionen t durch den Bund verringert sich um ca. 2 Millionen t, für die der Bund den unabhängigen Importeuren Lagerraum zur Verfügung stellt. Die bundeseigene Rohölreserve wird dann auf insgesamt 8 Millionen t aufgestockt werden können.

Der Zeitplan für die Durchführung der Aufstockung wird von den Möglichkeiten des Bundeshaushalts bestimmt.

34. Mit den vorstehenden Maßnahmen wird die Bundesrepublik die Gesamtbevorratung an Mineralöl auf über 90 Tage anheben und damit die international festgelegten langfristigen Versorgungsziele erreichen.

35. Die EG-Kommission hat die Einführung einer Pflichtbevorratung für Ölkraftwerke der öffentlichen und industriellen Kraftwirtschaft vorgeschlagen. Die Bundesregierung begrüßt diese Initiative, mit der erreicht werden soll, daß Kraftwerke Vorräte an schwerem Heizöl anlegen, die dem Verbrauch von 50 Tagen entsprechen. Die deutsche öffentliche Kraftwirtschaft hält diese Vorräte bereits.

36. Eine darüber hinausgehende Bevorratung der Verbraucher stellt die Bundesregierung in die Selbstverantwortung der Beteiligten; sie beabsichtigt vorerst nicht, eine Pflichtbevorratung aufzuerlegen.

Die Bundesregierung fordert jedoch dringend alle Verbraucher auf, freiwillig für eine ausreichende Bevorratung oder entsprechende Vorsorgemaßnahmen Sorge zu tragen. Dies gilt auch für die mit Flüssiggas versorgten kommunalen Gaswerke, bei denen sich während der letzten Versorgungsstörungen in Einzelfällen kritische Engpässe ergeben haben. Die Bundesregierung empfiehlt den Verbrauchern im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand die Anlage eines Mindestvorrates für 14 Tage.

Verbraucher, die zu gering bevorratet sind, müssen damit rechnen, im Krisenfall die Konsequenzen ihrer mangelnden Bevorratung tragen zu müssen. Die Bundesregierung hat mit den entsprechenden Verbänden und Organisationen Gespräche aufgenommen, um auf eine Verbesserung der Versorgungssituation der Verbraucher hinzuwirken.

37. Die Risiken für andere importierte Energieträger halten sich bisher in relativ engen Grenzen. Dies gilt auch für Erdgas. Bevorratungsaufgaben sind in der augenblicklichen Situation noch nicht erforderlich. Angesichts der wachsenden Erdgasimportabhängigkeit wird die Bundesregierung jedoch die Entwicklung der Erdgasspeicherung intensiv verfolgen.

38. Die Bundesregierung hält eine Steinkohlenreserve aus heimischer Produktion in der Größenordnung von rd. 10 Millionen t bei den Steinkohlenunternehmen für erforderlich. Der Aufbau einer derartigen Reserve ist bei der Ermittlung der Kohlezahl berücksichtigt.

Angesichts der damit verbundenen Belastung für die Bergbauunternehmen ist die Bundesregierung bereit, die Kosten einer derartigen Steinkohlenreserve zu übernehmen, soweit die Reserve die betriebsgewöhnlichen Vorräte bei den Unternehmen übersteigt. Die Verfügung über diese Reserve bedarf der Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft. Die Obergrenze für die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Vorräte soll bei 10 Millionen t liegen. Die Bundesregierung wird ab 1977 entsprechende Finanzmittel vorsehen. Angesichts der Bedeutung dieser Kohlehalde für die Auslastung des Steinkohlebergbaus und die Stabilisierung der Beschäftigung geht die Bundesregierung davon aus, daß sich die Bergbauländer an diesen Kosten zu einem Drittel beteiligen.

Die Vorteile einer entsprechenden Steinkohlenreserve haben sich in der Ölkrise erwiesen. Insbesondere bei Heizöl bestehen Substitutionsmöglichkeiten. Außerdem kann mit einer Kohlehalde auch anderen Risiken der Energieversorgung, z. B. durch eine Verzögerung des Ausbaus von Kernkraftwerken, elastisch begegnet werden.

II. Krisenmanagement

39. Der der Bundesregierung in der Krise vom Parlament gegebene Ermächtigungsrahmen läuft am 31. Dezember 1974 aus. Die Bundesregierung hat daher den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Nachfolgegesetzes zum Energiesicherungsgesetz vom 9. November 1973 vorgelegt, das ihr einen verbesserten Handlungsspielraum für die Bewältigung einer Krise gibt.

E. Maßnahmen bei den einzelnen Energieträgern

I. Mineralöl

Ausrichtung der Politik

40. Die Bundesrepublik hat als einer der größten Handelspartner und als einer der wichtigsten Ölimporteure ein grundlegendes Interesse an einem freien und funktionierenden Weltölmarkt.

Das Kräfteverhältnis auf diesem Markt hat sich entscheidend verändert. Die neue Position der internationalen Ölgesellschaften ist durch den Abbau ihrer klassischen Konzessionsrechte und die verminderte Kontrolle und Verfügungsmacht über das Rohöl gekennzeichnet. Mit ihren großen Verarbeitungs- und Vermarktungskapazitäten sowie ihrem technischen und wirtschaftlichen Potential werden diese Gesellschaften aber auch weiterhin eine bedeutende Rolle auf dem Weltenergiemarkt spielen.

Die Ereignisse während der Ölkrise und die Gewinnexpansion der internationalen Gesellschaften haben in den Verbraucherländern erhebliche Kritik und die Forderung nach verstärkter Transparenz des Vorgehens der Gesellschaften ausgelöst. Eine solche Offenlegung der Marktpolitik ist auch nach Auffassung der Bundesregierung notwendig und liegt im eigenen Interesse der Gesellschaften.

Mit den schnell anwachsenden Verfügungsmöglichkeiten der nationalen Gesellschaften der Förderländer über die Erdölproduktion hat sich ihr Gewicht im internationalen Erdölmarkt deutlich erhöht.

Die Bundesregierung sieht in den Gesellschaften der Förderländer wichtige Marktpartner. Sie unterstützt daher die Bemühungen der in der Bundesrepublik tätigen Mineralölgruppen um eine engere Zusammenarbeit mit ihnen. Sie wird diese Kooperation im Rahmen ihrer Möglichkeiten, insbesondere durch Bürgschaften und Garantien fördern. Abschluß und Durchführung der konkreten Projekte zu wirtschaftlichen Bedingungen bleibt dabei Aufgabe der Wirtschaft.

Der Strukturwandel trifft besonders die nationalen Mineralölunternehmen der Verbraucherländer, die bisher von den internationalen Gesellschaften versorgt wurden und die nunmehr zu einer Umstellung ihrer Versorgungsquellen gezwungen sind. Hinzu kommen Beeinträchtigungen der Marktposition durch die Preisdifferenzen zwischen dem Konzessionsöl der großen Gesellschaften und dem freien Weltmarktpreis für Öl. Andererseits ist der Versorgungsbeitrag dieser Gesellschaften unverzichtbar.

Die Bundesregierung tritt für eine freie Entfaltung der auf dem deutschen Markt tätigen Gesellschaften ein. Sie sieht darin die beste Voraussetzung für eine gesunde Struktur sowie für eine mengen- und preismäßig günstige Versorgung.

Sie legt weiterhin Wert auf eine Vielzahl leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen. Die Marktverengung durch die Krise und die hohen Preisausschläge auf den Weltmärkten haben allerdings die Anfälligkeit dieser Unternehmen gezeigt. Die Bundesregierung erwartet von den finanz- und leistungsstärkeren Unternehmensgruppen, daß sie diese Gegebenheiten auch in Krisenzeiten respektieren, damit die bestehende Struktur erhalten werden kann.

Maßnahmen zur Sicherung der langfristigen Versorgung mit Öl

41. Die Realisierung des im Energieprogramm 1973 erklärten Ziels, eine leistungsfähige deutsche Mine-

ralölgruppe zu schaffen, die vollwertiger Partner in der internationalen Kooperation, insbesondere auch mit den Förderländern sein kann, hat die Bundesregierung nach der Krise entscheidend weitergetrieben. Mit dem Erwerb der Aktienmehrheit an der Gelsenberg AG hat sie den Prozeß der Neuordnung eingeleitet. Nunmehr werden die Aktivitäten von VEBA und Gelsenberg unter der einheitlichen Führung der VEBA AG zusammengefaßt.

Sie hat zur Vorbereitung der Zusammenführung die Rechte aus ihrer Gelsenberg-Beteiligung treuhänderisch auf die VEBA übertragen. Die VEBA beabsichtigt, noch in diesem Jahr allen Gelsenberg-Aktionären ein Angebot zum Umtausch ihrer Aktien in VEBA-Aktien zu unterbreiten. Die dafür notwendige Unternehmensbewertung wird gegenwärtig durchgeführt.

Nach Verwirklichung der aktienrechtlich erforderlichen Maßnahmen wird es Aufgabe der Beteiligten sein, eine funktionsgerechte Unternehmensstruktur im VEBA-Konzern zu erarbeiten.

42. Die Krise hat die Bundesregierung veranlaßt, ihre Bemühungen um eine eigene Rohölbasis zu verstärken. Als größtes Verbraucherland Europas hat die Bundesrepublik ein besonderes Interesse an der weltweiten Aufgabe des Aufschlusses der notwendigen Rohölmengen mitzuwirken. Die Bundesregierung wird die DEMINEX als Instrument hierfür entsprechend ausstatten und einsetzen.

Die Arbeiten der DEMINEX haben inzwischen eine breite internationale Anerkennung gefunden, so daß DEMINEX heute sowohl von den Ölgesellschaften der Produzentenländer als auch von den internationalen Erdölgesellschaften als interessanter Partner akzeptiert wird.

DEMINEX mußte ihre Position in den Förderländern völlig neu aufbauen. Es ist ihr in der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens gelungen, in erdölgeologisch interessanten Räumen eine gute Startposition zu beziehen. Insgesamt werden zur Zeit in Zusammenarbeit mit anderen Erdölgesellschaften Aufschlußarbeiten in Gebieten mit einer Gesamtfläche von ca. 220 000 qkm durchgeführt. DEMINEX betreibt gegenwärtig Erdölexploration vor allem in folgenden Gebieten: Britische Nordsee, Nigeria, Nordafrika, Karibischer Raum, Peru, Kanada, Mittlerer und Ferner Osten. Durch die laufenden Projekte sind die im Rahmen des Starthilfeprogramms verfügbaren Mittel von 575 Millionen DM voll belegt. Etwa 240 Millionen DM sind bisher ausgegeben.

Die Bundesregierung hat das DEMINEX-Programm um ein Anschlußprogramm in Höhe von 800 Millionen DM für die Jahre 1975 bis 1978 aufgestockt. Entsprechende Mittel sind in Haushalt und Finanzplanung vorgesehen. Als erstes Großprojekt im Rahmen des neuen Programms hat DEMINEX für ein Konzessionsgebiet im Iran den Zuschlag erhalten.

43. Im Interesse einer strafferen unternehmerischen Willensbildung innerhalb der DEMINEX beabsichtigt die Bundesregierung, die Beteiligung an der

DEMINEX auf die vier großen Raffineriegesellschaften der deutschen Gruppe zu beschränken. Für das Großprojekt Iran wurde dies bereits erreicht.

Die Anteile der aus der DEMINEX ausscheidenden Gesellschaften sollen von der VEBA übernommen werden. Um das technische und wirtschaftliche Potential der ausscheidenden Gesellschaften für die deutsche Mineralölgruppe zu erhalten, wird diesen Unternehmen im Innenverhältnis zur VEBA eine Beteiligung an einzelnen für sie interessanten Vorhaben eingeräumt.

44. Die besonders große Anfälligkeit der Einfuhr von Mineralölprodukten während der Krise hat die energiepolitische Bedeutung des weiteren Ausbaus der einheimischen Raffineriekapazität unterstrichen. Dabei mißt die Bundesregierung einer regional ausgewogenen Raffineriestruktur weiterhin große Bedeutung bei.

Im Rahmen neuer Formen der Zusammenarbeit mit den Förderländern werden sich in Zukunft auch zusätzliche Möglichkeiten der langfristigen Versorgung des deutschen Marktes mit Produkten ergeben, die genutzt werden sollten.

Die Bundesregierung hat die Mineralölwirtschaft bereits im Energieprogramm 1973 aufgefordert, bei der Planung von Höhe und Struktur ihrer Raffineriekapazitäten die Absicht der Bundesregierung zu berücksichtigen, den Einsatz des schweren Heizöls zur Stromerzeugung in engen Grenzen zu halten. Diese Anpassung der Raffinerien ist noch dringender geworden.

45. Die Bundesregierung wird das vorhandene nationale Informationssystem fortführen, das sich auf

- die mengenmäßige Versorgung (Produktion, Importe, Absatz, Ausfuhr und Bestandsentwicklung),
- die Kosten, Erlöse und Preise der Mineralölindustrie

bezieht.

Die Bundesregierung wird dieses Informationssystem auf die Vertriebs- und Absatzwege ausdehnen, um damit die Versorgungsströme vom Produzenten bis zum Verbraucher transparenter machen zu können. Dabei wird sichergestellt, daß die Vertraulichkeit dieser zusätzlichen Angaben wie bisher gewährleistet bleibt, damit die Wettbewerbsfähigkeit des freien Mineralölhandels nicht beeinträchtigt wird.

II. Erdgas

46. Erdgas liegt mit 10,2 % Versorgungsanteil nach dem Mineralöl und der Steinkohle an dritter Stelle bei der Primärenergieversorgung. Das Angebot setzte sich in den letzten Jahren aus der inländischen Förderung und den Einfuhren aus den Niederlanden zusammen.

Neben den Niederlanden ist seit 1973 die UdSSR neuer Erdgaslieferant geworden. Im August 1974 wurde mit der UdSSR ein weiterer Erdgasliefervertrag paraphiert, der die Lieferung von zusätzlichen 2,5 Mrd. m³/a in die Bundesrepublik vorsieht. Damit werden sich die sowjetischen Erdgaslieferungen 1980 auf insgesamt etwa 10 Mrd. m³/a erhöhen.

Norwegisches Erdgas aus dem Ekofisk-Feld wird ab 1976 in die Bundesrepublik fließen und 1980 rd. 6 Mrd. m³/a erreichen. Der Bau der für den Transport benötigten Unterwasserpipeline nach Emden ist im Gange.

Mit Algerien wird über die Lieferung von insgesamt 12,5 Mrd. m³/a Erdgas verhandelt. Im Rahmen unserer breit angelegten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Iran laufen intensive Verhandlungen sowohl über einen Erdgasbezug auf dem kontinentalen Weg im Zusammenwirken mit der UdSSR als auch auf dem Seeweg.

Die Bundesregierung wird auch künftig mit Nachdruck darauf hinwirken, daß der Anteil des Erdgases an der Energieversorgung weiter steigt. Wie im Energieprogramm angekündigt, wird die Bundesregierung die Unternehmen bei der Erschließung neuer Erdgasmengen für den deutschen Markt unterstützen. Je nach Einzelfall wird sie diese Hilfe durch allgemeinpolitische Maßnahmen, zwischenstaatliche Vereinbarungen oder durch den Einsatz des Bürgerschaftsinstrumentes der öffentlichen Hand gewähren. Sie strebt als realistisches Ziel für 1980 einen Beitrag des Erdgases von etwa 87 Millionen t SKE an.

47. Das Gebiet der Bundesrepublik wird im Rahmen des im Energieprogramm angekündigten Tiefbohrprogramms verstärkt auf zusätzliche Erdgasmengen untersucht. Bohrungen in Miesbach (Bayern) und Velpke/Asse (Niedersachsen) haben begonnen. Die Bundesregierung hat für Erdgastiefbohrungen 40 Millionen DM vorgesehen. Die Exploration des deutschen Teils der Nordsee ist wieder aufgenommen worden.

48. Im europäischen Raum gewinnt die Zusammenarbeit großer Gasgesellschaften über die Grenzen hinweg zunehmend an Bedeutung. In der Bundesrepublik selbst ist die bestehende gaswirtschaftliche Gruppierung angesichts der hohen Risiken und der außerordentlichen finanziellen Beanspruchung bei großen Gasgeschäften verbesserungsbedürftig. Die Bundesregierung hält es daher für dringlich, daß die süddeutsche Ferngasgesellschaften kurzfristig zu einer effizienteren Form enger Zusammenarbeit finden.

III. Steinkohle

49. Die Bundesregierung ist entschlossen, die in unserem Lande vorhandenen Steinkohlenreserven für die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland optimal zu nutzen. Die bereits im Energieprogramm herausgestellte Bedeutung der Steinkohle für die Energieversorgung der Bundesrepublik ist in der

Krise deutlich geworden. Das gestiegene Energiepreisniveau und der anhaltende weltweite Stahlboom haben den Weltkohlemarkt gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Auf dem Weltmarkt ist es z. Z. kaum noch möglich, zusätzlich Kohle zu kaufen. Die Weltmarktpreise für Kokskohle entsprechen gegenwärtig den Listenpreisen für deutsche Kohle.

50. In der Bundesrepublik sind die Kohlehalden bei den Bergbauunternehmen von fast 19 Millionen t im September 1973 auf 4,8 Millionen t Ende September 1974 gesunken. Ein wichtiger Teil der zusätzlichen Nachfrage kommt aus den Ländern der EG. Der deutsche Steinkohlenbergbau hat damit eine wichtige Sicherheitsfunktion für Europa erfüllt.

Förderkapazität

51. Die Bundesregierung hat im Energieprogramm 1973 vor Ausbruch der Ölkrise erklärt, daß sich der deutsche Steinkohlenbergbau bei seinem Anpassungsprozeß an einer Förderung von 83 Millionen t im Jahre 1978 orientieren sollte.

Die Umwälzungen auf dem Ölmarkt und ihre Folgen auch für den Weltkohlemarkt haben den deutschen Steinkohlenbergbau vor eine völlig veränderte Nachfragesituation gestellt. Dabei spielt auch der Weltstahlboom eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung hat den deutschen Steinkohlenbergbau aufgefordert, seine Fördermöglichkeiten gegenwärtig voll auszunutzen und bei seiner Exportpolitik den Versorgungsbedürfnissen des deutschen Marktes Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung erwartet, daß diese hohe Nachfrage jedenfalls bis in das Jahr 1975 hinein andauern wird. Die deutsche Steinkohlenförderung wird deshalb 1974/75 bei 94 Millionen bis 95 Millionen t liegen.

Für die mittelfristigen Absatzchancen der deutschen Kohle muß andererseits von einer Entspannung dieser derzeit ungewöhnlichen Situation auf dem Kohlemarkt ausgegangen werden. Die großen Kohleproduzenten, insbesondere die USA und Polen, beabsichtigen eine wesentliche Steigerung ihrer Förderung. Ein Abflachen des Stahlbooms wird zwangsläufig zu einem Preisrückgang bei Kokskohle führen.

Im Vergleich zu ihren internationalen Wettbewerbern hat die deutsche Steinkohle weiterhin strukturelle Kostennachteile, die sich aus ungünstigen geologischen Verhältnissen und damit zwangsläufig hoher Lohnintensität ergeben. Zwar decken die gegenwärtigen Preise etwa die Erzeugungskosten der deutschen Produzenten, sie liegen aber wesentlich über den Produktionskosten wichtiger Kohlereviere in der Welt.

Die Kohlepolitik kann daher ein erneutes Öffnen der Schere zwischen Erlösen und Kosten zu Lasten der heimischen Steinkohleproduktion nicht außer Betracht lassen. Es gilt, ein vernünftiges Verhältnis zwischen dem Erfordernis einer sicheren Energieversorgung, der Größe des deutschen Steinkohlenbergbaus und den damit verbundenen volkswirtschaft-

lichen und finanzwirtschaftlichen Vor- und Nachteilen zu finden.

Bei dieser Lage ergeben sich aus heutiger Sicht für 1980 folgende Absatzmöglichkeiten:

- 35 Millionen t für die Elektrizitätswirtschaft;
- 25 Millionen t für die heimische Eisen- und Stahlindustrie, wenn deren Bedarf voll mit deutscher Kohle gedeckt wird;
- 11 Millionen t für Hausbrand und übrige Industrie;
- 18 Millionen t für Exporte. In dieser Zahl drückt sich die Erwartung aus, daß die bisherigen Verlustgeschäfte im Export soweit wie möglich durch kostendeckende Exportgeschäfte abgelöst werden.

Unter Berücksichtigung der vorgesehenen Kohlereserve (Tz. 38) und der unter bestimmten Voraussetzungen beabsichtigten Kokskohleimport von 3 Millionen t (Tz. 53) entspräche dies einem Gesamtabsatz von 90 Millionen t.

Diese Absatzannahme für 1980 ist mit größeren Risiken als jede frühere Schätzung belastet. Die Unsicherheit ergibt sich aus der Instabilität des gesamten Weltenergiemarktes, aus den noch offenen Wirkungen der energiepolitischen Reaktion der großen Verbraucherländer sowie des Internationalen Energieprogramms, besonders aber aus dem schwer kalkulierbaren, stark politisch motivierten künftigen Verhalten der Ölförderländer. Die politische Verantwortung der Bundesregierung für die Sicherheit der deutschen Energieversorgung erfordert in dieser Lage, die derzeitige Förderkapazität solange vorzuhalten, bis die internationale Energielage übersichtlicher und kalkulierbarer geworden ist. Deshalb hält es die Bundesregierung für richtig, sich gegenwärtig für das Jahr 1980 auf eine Förderkapazität von 94 Millionen t einzustellen.

Die Bundesregierung gibt mit dieser Aussage keine staatliche Förder- und Absatzgarantie. Sie wird die Basis für diese Kohlepolitik durch energiepolitische Maßnahmen, insbesondere für den Absatz an die heimische Eisen- und Stahlindustrie und die Elektrizitätswirtschaft, im Rahmen des Möglichen absichern.

52. Von dem Inlandsabsatz der deutschen Steinkohle entfallen 80 % auf die Elektrizitätswirtschaft und die Eisen- und Stahlindustrie.

Absatzbereich Elektrizitätswirtschaft

Der Einsatz der heimischen Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft trägt wesentlich dazu bei, die Stromversorgung unseres Landes möglichst weitgehend von Einfuhrenergien, insbesondere vom Mineralöl, unabhängig zu halten. Deshalb liegt nach Auffassung der Bundesregierung in diesem Bereich eine energiepolitische Hauptaufgabe für den deutschen Steinkohlenbergbau. Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Dritten Verstromungsgesetzes soll zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung ein ausreichender Anteil von Steinkohle

an der Erzeugung elektrischer Energie erhalten werden. Um dieses Ziel zu sichern, enthält der Gesetzentwurf als flankierende Maßnahmen Genehmigungspflichten für die Errichtung von Öl- und Erdgaskraftwerken.

Auf Grund der Erfahrungen aus der Energiekrise ist nach eingehenden Gesprächen mit allen Beteiligten in der Beratung des Gesetzentwurfs in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages ein durchschnittlicher Einsatz deutscher Steinkohle in Kraftwerken bis 1980 von jährlich 33 Millionen t vorgesehen; für 1980 bedeutet dies einen Steinkohleneinsatz von rd. 35 Millionen t. Damit wurde die durchschnittliche jährliche Einsatzmenge gegenüber dem Energieprogramm 1973, das noch 30 Millionen t vorsah, um 3 Millionen t erhöht. Bei dieser Erhöhung wurden zugleich die Risiken berücksichtigt, die sich bei einer etwaigen Verzögerung des Ausbaus der Kernkraftwerkskapazitäten für die Elektrizitätsversorgung ergeben könnten.

Der Mehreinsatz von Steinkohle soll die Verwendung der ebenfalls sicheren und besonders kostengünstigen Energieträger, z. B. von Braunkohle, im Grundlastbereich nicht beeinträchtigen. Grenzen für den Steinkohleeinsatz liegen dort, wo technische Gründe dies verhindern, unverhältnismäßige Eingriffe oder Mehraufwendungen erforderlich wären oder der Einsatz von Heizöl zur Versorgung unerlässlich ist.

Im übrigen geht die Bundesregierung von der Ende 1973 erfolgten Zusage der Elektrizitätswirtschaft für den Bau neuer Steinkohlenkraftwerke mit insgesamt 6 000 Megawatt (10 Kraftwerksblöcke) bis 1980 aus. Die Investitionsentscheidung für die Errichtung von 3 400 MW ist bereits gefallen. Von den vorgesehenen 5 Kraftwerksblöcken werden je 2 im Ruhrgebiet und im Saarland sowie einer im Raum Hannover/Braunschweig gebaut.

Absatzbereich Stahlindustrie

53. Der Kokskohleabsatz an die deutsche Eisen- und Stahlindustrie wird in diesem Jahre mit voraussichtlich 29 Millionen t ungewöhnlich hoch sein. Wie im Energieprogramm 1973 nimmt die Bundesregierung im mehrjährigen Durchschnitt bis 1980 einen Jahresbedarf von rd. 25 Millionen t an. Eine partielle Substitution des schweren Heizöls im Hochofen, die einer Menge von bis zu 2 Millionen t Kohle entsprechen könnte, ist von der Preisrelation Koks/schweres Heizöl abhängig. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine derartige Substitution vorzuschreiben oder zu subventionieren.

Gegenwärtig bezieht die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ihre Versorgung voll aus deutscher Produktion. Ihr ist — von Ausnahmen im norddeutschen Küstengebiet abgesehen — der Import von Kokskohle untersagt. Die Kokskohle-Lieferbeziehungen an der Ruhr werden durch einen exklusiven Bedarfsdeckungsvertrag geregelt. Diese praktisch ausschließliche Belieferung der deutschen Stahlindustrie durch die heimische Steinkohle hat zur Folge, daß die Bundesregierung Absatzbeihilfen für Kokskohle geben muß, wenn der Wettbewerbspreis auf dem

Weltkohlemarkt unter dem kostendeckenden Preis der deutschen Kohle liegt.

Die Bundesregierung will in diesem Bereich der Kohlepolitik einen neuen Weg beschreiten, der das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Kohle und Stahl auf eine andere Basis stellen kann und für die Bundesregierung eine Verringerung der Kokskohle-Beihilfen ermöglicht.

Nach Auffassung der Bundesregierung soll der Bedarf der inländischen Eisen- und Stahlindustrie zukünftig in Höhe von rd. 22 Millionen t/a durch deutsche Steinkohle gedeckt werden. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Einfuhr von 3 Millionen t/a Kokskohle zur Verwendung in der Eisen- und Stahlindustrie zuzulassen. Voraussetzung für eine derartige Einfuhrfreigabe ist, daß die bisherigen Bestimmungen der Lieferverträge zwischen Kohle und Stahl, insbesondere der mit der Ruhr bestehende Hüttenvertrag, einvernehmlich der veränderten Situation angepaßt werden.

Die Anpassung der Vertragsvereinbarungen muß nach Auffassung der Bundesregierung folgende wesentliche Elemente enthalten:

- Die Stahlindustrie bezieht zukünftig und längerfristig eine bestimmte Grundmenge zu jeweils kostendeckenden Preisen.
- Der Steinkohlenbergbau liefert der deutschen Stahlindustrie die Restmenge zu Preisen, die der Wettbewerbssituation der Stahlindustrie Rechnung tragen. Die Bundesregierung ist bereit, verbleibende Differenzen zum Listenpreis im Rahmen des Kokskohlenbeihilfesystems der Gemeinschaften auszugleichen, soweit ein solcher Ausgleich erforderlich ist.
- Die Ausnutzung des Einfuhrkontingents erfolgt in Konsultation mit dem deutschen Steinkohlenbergbau.
- Ein Nachfragerückgang darf nicht einseitig zu Lasten eines der Beteiligten gehen.

Die Bundesregierung hat die Vertragsbeteiligten aufgefordert, die Verhandlungen zunächst unter sich intensiv zu führen. Sie erwartet, daß in den Verhandlungen das Verhältnis zwischen der Grundmenge und der Restmenge so gefunden wird, daß die Interessen der wirtschaftlich Beteiligten fair gewahrt und die finanziellen Risiken, die mit der Größe der Restmenge für die öffentliche Hand verbunden sind, überschaubar und begrenzt bleiben.

Die Bundesregierung berücksichtigt mit dieser Entscheidung die Tatsache, daß Kokskohle für die eisen-schaffende Industrie nicht nur Energieträger, sondern vor allem auch Rohstoff ist. Damit reicht die Kokskohlenbereitstellung in den Bereich der Rohstoffpolitik hinein, die auf eine optimale Versorgung der deutschen Industrie mit Grundstoffen ausgerichtet ist.

Andererseits haben Steinkohlenbergbau und Stahlindustrie durch ihre langfristig vereinbarten Ausschließlichkeitsbindungen deutlich gemacht, welchen Wert sie der sicheren und standortgünstigen deutschen Lagerstätte selbst beimessen. Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung.

54. In den übrigen inländischen Absatzbereichen (Hausbrand, Industrie und Verkehr) hält die Bundesregierung einen Absatz von 11 Millionen t deutscher Steinkohle 1980 für wahrscheinlich. Dies bedeutet eine Abflachung des ursprünglich erwarteten Rückgangs in diesem Bereich. Eine Verminderung des Heizölanteils wäre zwar energiepolitisch erwünscht, ist jedoch mit vertretbaren staatlichen Mitteln kaum zu erreichen. Über einen zusätzlichen Absatz aus dem Einsatz neuer Technologien — insbesondere Kohlevergasung und Kohleverflüssigung — kann heute noch keine Vorhersage getroffen werden. Ein Absatz in größerem Umfang kann hier frühestens zu Beginn der 80er Jahre erwartet werden.

Kohleausfuhr

55. Der Gesamtabsatz des deutschen Steinkohlenbergbaus wird wesentlich durch den Export, insbesondere an die Hüttenindustrie der anderen ECLänder, mitbestimmt. Der Gesamtexport wird 1974 als Folge der krisenbedingten Nachfrage und des weltweiten Stahlbooms voraussichtlich ca. 33 Millionen t betragen. Bei der genannten Kohlezahl für 1980 geht die Bundesregierung dagegen von einem Export in Höhe von 18 Millionen t aus.

Die Exporte haben in den vergangenen Jahren Unternehmen, Bund und Bergbauländer zum Teil erheblich belastet, weil ihre Erlöse die Kosten nicht oder nur mit Hilfe von Subventionen deckten.

Die weitere Entwicklung des Koks-kohlenexports in die anderen Gemeinschaftsländer hängt entscheidend von der künftigen Kohlepolitik in der EG ab. Die deutsche Steinkohle könnte auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Koks-kohlenversorgung der Eisen- und Stahlindustrie in den anderen Gemeinschaftsländern leisten. Dieser Export kann aber auf Dauer nur in dem Maße aufrechterhalten werden, in dem entweder die Verbraucher in den anderen Gemeinschaftsländern kostendeckende Preise zahlen oder die Europäische Gemeinschaft über ein Ausgleichssystem im wesentlichen zu Lasten der Verbraucherländer diese Kostendeckung sicherstellt. Weder Bergbauunternehmen, noch Bund und Bergbauländer werden angesichts der sonstigen Lasten im Energiesektor zukünftig in der Lage sein, hohe Exporte durch Beihilfen aufrechtzuerhalten. Exporte von Kesselkohle in andere Gemeinschaftsländer oder in Drittländer sind bei der Kohlezahl nur in geringem Umfang unterstellt. Die Bundesregierung stellt deshalb wegen des noch ungeklärten Inhalts der künftigen Kohlepolitik der Europäischen Gemeinschaften z. Z. einen Rückgang der Exporte deutscher Kohle in Rechnung.

Je nach der Entwicklung der Energiepolitik der Europäischen Gemeinschaften und des Weltkohlemarktes sind im Export günstigere Absatzchancen für die deutsche Kohle als sie von der Bundesregierung prognostiziert werden, möglich. Selbstverständlich ist der Bergbau frei, solche Absatzchancen im Export wahrzunehmen, wenn dies ohne Gefährdung der Versorgung der traditionellen Abnehmer möglich ist und die Wirtschaftlichkeit dieses Absatzes

sichergestellt ist, so daß keine zusätzlichen Risiken für die öffentlichen Haushalte entstehen.

Kohlezollkontingentgesetz

56. Im Hinblick auf die veränderte Kohlemarktsituation hat die Bundesregierung im Frühjahr die gesetzliche Ermächtigung zur Aufstockung der Importkontingente um 20 % wahrgenommen. Der damit geschaffene Einfuhrrahmen von 6,6 Millionen t wird jedoch 1974 voraussichtlich nicht ausgenutzt werden.

Neben der Eröffnung eines Importkontingents in Höhe von 3 Millionen t für die Verbraucher von Hüttenkoks wird die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorschlagen, das am 31. Dezember 1976 auslaufende Kohlezollkontingent bis 1981 zu verlängern. Auf diese Weise soll den Importeuren der Abschluß längerfristiger Verträge ermöglicht und den Verbrauchern von Importkohle ein höherer Grad an Versorgungssicherheit eingeräumt werden.

Investitionshilfen und Sozialmaßnahmen

57. Eine Förderung von 95 Millionen t im kommenden Jahr und eine Förderkapazität von 94 Millionen t in 1980 setzt voraus, daß die erforderlichen Arbeitskräfte vorhanden sind und von den Unternehmen die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können.

Die Bundesregierung hat die Absicht, die Investitionshilfe von z. Z. 160 Millionen DM auf 210 Millionen DM (Bund und Länder) aufzustocken.

Die Investitionen im Bergbau betragen in den vergangenen Jahren etwa 1 Mrd. DM/a. Angesichts der schlechten finanziellen Situation der Unternehmen handelte es sich dabei überwiegend um Erhaltungsinvestitionen. Der aufgestaute Investitionsbedarf stellt die Bergbauunternehmen trotz der Verbesserung ihrer Wettbewerbssituation vor erhebliche Finanzierungsprobleme.

Die Bundesregierung ist der Meinung, daß der deutsche Steinkohlenbergbau den ihm durch die ungewöhnliche Verfassung des Weltkohlemarktes und das gestiegene Energiepreinsniveau gegebenen Spielraum für eine zukunftsweisende Investitionspolitik nutzen sollte. Die erhöhte Investitionshilfe soll dieses Konzept erleichtern und beschleunigen.

Verbesserte Voraussetzungen für die Investitionsfinanzierung sind auch durch die im Energieprogramm angekündigte und inzwischen vom Gesetzgeber verabschiedete Erhöhung des Plafonds beim Rationalisierungsverband für die Finanzierung von Rationalisierungsmaßnahmen geschaffen worden. Der Plafond wurde um 1,5 Mrd. DM erhöht. Dem Rationalisierungsverband stehen hierdurch neue Kreditmöglichkeiten für den Bergbau offen.

58. Eine aktive Belegschaftspolitik muß den Bergbau attraktiv erhalten für die in ihm tätigen Menschen und für Nachwuchskräfte. Dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, deren Anteil an der Un-

tertage-Belegschaft z. Z. im Durchschnitt bei etwa 20 % liegt, sind dabei auch aus grubensicherheitslichen Gründen Grenzen gesetzt. Neben einer wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung ist die berufliche Aus- und Fortbildung sowie die Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen eine wichtige Aufgabe der Bergbauunternehmen.

Der Sicherung einer ausreichenden Untertage-Belegschaft dient auch die Bergmannsprämie, die im Jahre 1973 verdoppelt und auf 5 DM pro Schicht festgelegt wurde.

Die Bundesregierung unterstützt darüber hinaus die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im „Rahmenprogramm nicht-nuklearer Energieforschung“. In diesem Programm hat sie für folgende Zwecke Mittel bereitgestellt:

- Verbesserte Bewetterungssysteme der Abbaubetriebe
- Weiterentwicklung der Grubengasbekämpfung und Kühlung der Grubenwetter
- Staubbekämpfung im Abbau und Streckenvortrieb
- Eindämmung der Lärmbelästigung.

59. Die bestehenden Sozialhilfen wird die Bundesregierung fortsetzen, auch wenn die veränderten Umstände die Lage der Beschäftigten im Bergbau wesentlich erleichtern und Freisetzungen von Arbeitskräften in den nächsten Jahren, wenn überhaupt, nur noch sehr begrenzt zu erwarten sind. Für das Vertrauen der Bergleute in ihren Arbeitsplatz ist es für sie wichtig zu wissen, daß die Bundesregierung diese sie persönlich sichernde sozialen Hilfen beibehält.

60. Die Bundesregierung geht bei ihren haushaltswirksamen Maßnahmen im Kohlebereich auch weiter davon aus, daß die Bergbauländer sich an diesen Maßnahmen zu jeweils einem Drittel beteiligen. Die Maßnahmen zielen nach wie vor auf die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Bergbauunternehmen, auch wenn sie zugleich eine größere Sicherheit der Energieversorgung bezwecken; sie liegen daher auch im besonderen regionalwirtschaftlichen Interesse der Bergbauländer.

Im übrigen wird die zu erwartende geringere Inanspruchnahme der verschiedenen Kohlehilfen auch zu einer entsprechenden Entlastung in den betreffenden Länderhaushalten führen.

IV. Braunkohle

61. Die Braunkohle ist nach der Steinkohle und dem Erdgas die wichtigste in der Bundesrepublik Deutschland geförderte Energie. Der größte Teil der Förderung (83 %) dient der Elektrizitätserzeugung. Die Braunkohle gehört in diesem Bereich zugleich zu den kostengünstigsten Energieträgern.

Die Bundesregierung begrüßt, daß inzwischen die Erschließung des Reviers Hambacher Forst von den Unternehmen beschlossen worden ist. Durch das

Steueränderungsgesetz 1973 sind für Investitionen im Braunkohlenbergbau Sonderabschreibungen eingeführt worden, die die Durchführung insbesondere auch dieses Vorhabens erleichtern werden.

V. Kernenergie

62. Mit einer Kernkraftwerksleistung von 2 300 MW trägt diese Energie zur Stromerzeugung gegenwärtig erst 4 % bei. Für das Jahr 1980 hatte die Bundesregierung im Energieprogramm 1973 die Installierung einer Kernkraftwerksleistung von 18 000 MW und für 1985 von 40 000 MW für erforderlich gehalten.

Angesichts der Entwicklung in den zurückliegenden Monaten ist jetzt die Installierung von 20 000 MW für 1980 — dies entspricht einem Anteil an der Stromerzeugung von 25 % — und 45 000 MW für 1985 erforderlich. Es ist wünschenswert, daß sogar 50 000 MW erreicht werden; damit diese Energie mit 45 % an der Stromerzeugung beteiligt sein. Andere Industrieländer, wie zum Beispiel Frankreich, stützen ihre Planungen für den Ausbau der Kraftwerkskapazität in ähnlicher Weise überwiegend auf die Kernenergie.

63. Um dieses Ziel zu erreichen, sind große Anstrengungen von allen Beteiligten erforderlich. Insbesondere sind die nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen zu erfüllen; hierbei sind schon Teilerfolge erzielt worden:

- Um Bau- und Planungszeiten zu verkürzen, müssen standardisierte Anlagen angeboten und gebaut werden.

Auf Anregung der Bundesregierung sind bereits Gespräche zwischen Herstellern und Betreibern über die Standardisierung von Kraftwerken aufgenommen worden. Die Bundesregierung erwartet, daß sich erste Ergebnisse bereits auf die im Frühjahr 1975 zur Genehmigung vorgelegten Kernkraftwerksanträge positiv auswirken werden.

- Bei den Gutachterorganisationen, bei Herstellern und Betreibern sowie bei den Behörden des Bundes und der Länder sind die notwendigen weiteren organisatorischen und personellen Maßnahmen für eine zuverlässige und zügige Durchführung der Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren zu treffen.

Organisatorische Maßnahmen, die das atomrechtliche Genehmigungsverfahren straffen sollen, sind unter voller Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte bereits eingeleitet.

- Der Stand der Sicherheitstechnik ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse, die sich aus der besonderen demographischen Situation der Bundesrepublik ergeben, insbesondere in Regeln und Richtlinien fortzuschreiben. Dabei ist auch dem Gesichtspunkt des Schutzes vor äußeren Einwirkungen (Flugzeugabsturz, Erdbeben, Explosion, Sabotage usw.) Rechnung zu tragen.

Durch Klärung, Vereinheitlichung und Kodifizierung der nationalen sicherheitstechnischen Anforderungen an Kernkraftwerke wird das Genehmigungsverfahren sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Erbauer und Betreiber überschaubarer und wirkungsvoller gestaltet.

Überdies fördert die Bundesregierung in ihrem Reaktorsicherheits-Forschungsprogramm die Weiterentwicklung der Reaktorsicherheit, damit auch bei expansiver Nutzung der Kernenergie die Risiken für die Bevölkerung unverändert klein gehalten werden.

- Die Wiederaufarbeitung der Brennelemente, der sichere Transport des radioaktiven Materials, die sichere Endlagerung der radioaktiven Abfälle einschließlich der radioaktiven Teile stillgelegter Kernkraftwerke müssen sichergestellt werden. Diese Aufgaben sind Ziel intensiver Arbeit von Bund und Industrie.
- Die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständigen Behörden der Länder sind parallel mit der Ausweitung der Kernenergie so auszurüsten, daß sie unzulässigen Einwirkungen Dritter auf Kernenergieanlagen und den Transport von Kernmaterialien entgegenzutreten können.
- Bei der Raumordnung sind die notwendigen Standorte genügend langfristig und rechtzeitig einzuplanen.

Entsprechende Bemühungen von Bund, Ländern und Elektrizitätswirtschaft haben dazu geführt, daß langfristige Pläne für Kernkraftwerksstandorte in einzelnen Ländern vorbereitet werden.

Außerdem wird die Bundesregierung die Öffentlichkeit verstärkt über den bei deutschen Kernkraftwerken international anerkannten hohen Standard an Sicherheit, über die Umweltbeeinflussung und über die energiepolitische Notwendigkeit der Kernenergienutzung informieren. Diese Aktivitäten sollen ein besseres Verständnis für die Nutzung der Kernenergie fördern und dazu beitragen, Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren zu beseitigen, die auf unbegründete Befürchtungen zurückzuführen sind.

Das Ziel von 45 000 MW für 1985 ist durch Planungen der Elektrizitätswirtschaft abgedeckt. Die Realisierung der Vorhaben bis 1980 ist in einem relativ weit fortgeschrittenen Stadium. Mit den Bauarbeiten für 11 000 MW Kapazität wurde bereits begonnen. Trotzdem sind angesichts des notwendigerweise raschen und hohen Zubaus und der genannten Probleme Risiken hinsichtlich des Zeitpunkts der Inbetriebnahme einzelner Einheiten nicht auszuschließen. Die Bundesregierung wird alles tun, um diese Ziele zu verwirklichen. Sie fordert Länder, Wirtschaft und alle Beteiligten auf, hieran mitzuwirken. Falls die geplante Größenordnung der Kernenergiekapazität nicht erreicht würde, wären schwerwiegende Folgen für die Energieversorgung unvermeidlich.

64. Die Bundesregierung hält auch unter den veränderten energiewirtschaftlichen Daten daran fest,

daß der Schutz der Bevölkerung vor möglichen Schädigungen absolute Priorität bei der Nutzung der Kernenergie besitzt. Durch angemessene Vorschriften des Atom- und Strahlenschutzrechts kann ein derart hoher Sicherheitsstandard gewährleistet werden (s. Bericht des Bundesministers des Inneren an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom 12. September 1974), daß sich der Zubau von Kernkraftwerken entsprechend den energiepolitischen Erfordernissen verantworten läßt. Die Bundesregierung ist angesichts des hohen Standes von Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet von Reaktorsicherheit und Strahlenschutz der Meinung, daß die Kernenergie — auch bei Berücksichtigung der möglicherweise verbleibenden Ungewißheiten über längerfristige Folgeerscheinungen eines umfassenden Kernenergieeinsatzes — für eine optimale Daseinsvorsorge unverzichtbar ist. Die Bundesregierung wird auch künftig den Bau und Betrieb nur solcher kerntechnischer Anlagen zulassen, bei denen nach den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Forschung und den einschlägigen Erfahrungen im In- und Ausland keine Gefährdung der Bevölkerung besteht.

65. Die Entwicklung fortgeschrittener Reaktorlinien konzentriert sich zum einen auf den Hochtemperaturreaktor, der wegen des hohen thermodynamischen Wirkungsgrades das Kühl- und Abwärmeproblem abmildert. Darüber hinaus wird erwartet, daß diese Reaktorlinie in etwa einem Jahrzehnt auch durch Erzeugung von Prozeßwärme für Kohlevergasung und gegebenenfalls für chemische und metallurgische Prozesse zur besseren Nutzung unserer heimischen Energiequellen beiträgt.

Ein Prototypkraftwerk mit einer Leistung von 300 MW (THTR-300) wird bei Schmehausen errichtet und befindet sich bereits in fortgeschrittenem Bau stadium.

Einen anderen Schwerpunkt der Reaktorentwicklung bilden die Schnellen Brüter, die langfristig die Versorgungssicherheit erheblich verbessern und regulierend auf den Uranmarkt wirken können.

Mit ihrem wirtschaftlichen Einsatz ist aber erst in den 90er Jahren zu rechnen. Ein Prototypkraftwerk mit einem natriumgekühlten Schnellen Brutreaktor (SNR-300) wird unter Beteiligung Belgiens und der Niederlande zur Zeit in Kalkar gebaut.

Die hohen Kosten und wirtschaftlichen Risiken der Entwicklung dieser fortgeschrittenen Reaktorlinien machen es zunehmend notwendig, künftig weitere Möglichkeiten internationaler Kooperation und Arbeitsteilung zu suchen.

66. Um eine ausreichende Natururanversorgung zu günstigen und stabilen Preisen sowie eine weitgehende Diversifizierung der Lieferquellen zu gewährleisten, gewährt die Bundesregierung den deutschen Urangesellschaften Zuschüsse zur Uranprospektion. Sie beteiligt sich auch am Risiko beim Erwerb von Uranlagerstätten.

Die Versorgung der deutschen Kernkraftwerke mit angereichertem Uran ist bis zum Ende dieses Jahrzehnts und zum Teil darüber hinaus gesichert. Haupt-

bezugsquelle ist die amerikanische Atomenergiekommission. Daneben werden die Anreicherungsanlagen des deutsch-britisch-niederländischen Zentrifugen-Unternehmens URENCO zunehmend an Bedeutung gewinnen. Anreicherungsverträge bestehen außerdem in verhältnismäßig geringem Umfang mit der UdSSR und der französischen Firma EURODIF. Zur zusätzlichen Sicherung der Versorgung hat die Bundesregierung mit den USA vereinbart, daß sie im Rahmen des Devisenausgleichsabkommens angereichertes Uran im Wert von 200 Millionen DM ankauft.

67. Die zur Schließung des Brennstoffkreislaufs notwendigen Anlagen, insbesondere eine Wiederaufarbeitungsanlage für die zur Zeit verwendeten Brennelemente, sollen auf der Grundlage eines gemeinsamen europäischen Konzepts spätestens bis 1985 in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen.

Die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle soll nach erfolgreichem Abschluß der derzeitigen Erprobungsarbeiten in tiefen geologischen Salzformationen durchgeführt werden.

Die Bundesregierung fördert die dazu notwendigen Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen; sie geht davon aus, daß die im Anschluß daran für die Entsorgung erforderlichen Aufwendungen nach dem Verursacherprinzip getragen werden.

F. Energieeinsparung

68. Energie ist teuer geworden und nicht mehr unbeschränkt verfügbar. Eine neue Einstellung der Verbraucher zur Energieverwendung ist notwendig.

Ein langsames Wachsen des Energieverbrauchs durch sparsame Energieverwendung vermindert unmittelbar die Empfindlichkeit unserer Volkswirtschaft gegenüber Versorgungsstörungen. Außerdem haben Einsparungen den in einem hoch industrialisierten und dicht bevölkerten Land wichtigen Vorteil, die Umweltbelastung zu vermindern.

Wichtige Impulse zur Energieeinsparung gehen von der Preisentwicklung aus. Das Kostenbewußtsein der Industrie und auch der privaten Verbraucher ist auf Grund der kräftigen Preiserhöhung deutlich gewachsen. Die Bundesregierung erwartet, daß die gestiegenen Energiepreise zu einer wesentlichen Verstärkung der Anstrengungen zum rationelleren Energieeinsatz besonders in der Industrie führen. Diese Wirkungen reichen jedoch alleine nicht aus. Die Bundesregierung wird daher ergänzende Maßnahmen ergreifen.

69. Die Möglichkeiten zur Energieeinsparung sind verhältnismäßig groß. Bei der Erzeugung und auf dem Wege zum Verbraucher entsteht ein Energieverlust von 20 %. Der Verlust beim Verbraucher selbst wird auf über 50 % geschätzt. Beim heutigen Stand der Technologie ist allerdings nur ein Teil dieser Verluste vermeidbar. Die Verluste entstehen u. a. durch unzureichende Wärmedämmung von Ge-

bäuden, ungenügende Regelung und schlechte Wartung der Heizungsanlagen und Nichtverwendung der Abwärme.

Der rationelle Einsatz von Energie wird entscheidend von dem einzelnen Verbraucher im gewerblichen bzw. privaten Bereich und seiner Einstellung zu diesem Thema bestimmt. Die Abflachung der Zunahme des Energieverbrauchs in den letzten Monaten ist nicht zuletzt auf das verstärkte Energiebewußtsein der Verbraucher zurückzuführen. Die Bundesregierung fordert alle Energieverbraucher auf, in ihrem eigenen Interesse die Möglichkeiten zur rationelleren Energieverwendung zu nutzen. Je verantwortungsbewußter die Verbraucher handeln, desto weniger sind staatliche Anordnungen notwendig. Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt die entsprechenden Arbeiten der Wirtschaft und der Wissenschaft.

70. Die Bundesregierung wird zu Beginn des Winters eine Aktion zur Information der Verbraucher über seine Möglichkeiten der sparsameren Energieverwendung in Haushalt, Verkehr und an den Arbeitsplätzen durchführen. Die Unterrichtung soll regelmäßig und gezielt fortgesetzt werden.

Die Aktion wird dann besonders erfolgreich sein, wenn sie von den Massenmedien als aktuelles Thema unserer Zeit aufgenommen wird.

71. Die Bundesregierung wird durch gezielte Maßnahmen die Entwicklung zu einer rationelleren Energieverwendung unterstützen. Sie hat insbesondere folgende Maßnahmen eingeleitet:

— Da die Raumbeheizung den größten Anteil am Energieverbrauch hat (rd. 40 %) und die Energieverluste hier vor allem wegen unzureichender Wärmeisolierung besonders groß sind, muß vorrangiges Ziel die Verbesserung der Wärmeisolierung von Gebäuden sein. Für die Baumaßnahmen des Bundes ist eine wesentliche Erhöhung der Wärmedämmung bereits im Januar 1974 durch Erlaß eingeführt worden; den Ländern und übrigen Gebietskörperschaften wurde nahegelegt, entsprechend zu verfahren. Weitere Regelungen zur Verringerung des Energieverbrauchs im Bereich des öffentlichen Bauwesens werden z. Z. in einem gemeinsamen Ausschuß von Bund und Ländern vorbereitet.

Die Bundesregierung wird ein Gesetz einbringen, das insbesondere die Rechtsgrundlage für die verbindliche Einführung eines erhöhten Wärmeschutzes in Neubauten schafft.

Außerdem wird untersucht, wie bei bestehenden baulichen Anlagen den Forderungen nach einem erhöhten Wärmeschutz Rechnung getragen werden kann.

— Die Bundesregierung hat Gutachten zu einem Abfallwirtschaftsprogramm in Auftrag gegeben. In diesem Programm werden u. a. die Möglichkeiten untersucht, inwieweit die Rückgewinnung energieintensiver Rohstoffe zur Energieeinsparung genutzt werden kann.

Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung der Ausbreitung der Fernwärmeversorgung bei, insbesondere in Verbindung mit Heizkraftwerken, da sie erhebliche Einsparung von Energie mit sich bringt und außerdem in besonderem Maße die Umwelt schont. Hinzu kommt, daß wachsende Fernwärmenetze später die Möglichkeit bieten werden, Energie aus Kernkraftwerken zu entnehmen.

72. Ansatzpunkte für einen sparsameren Energieeinsatz in der Zukunft sind von einer genaueren Analyse des Energieflusses und Energieverbrauchs zu erwarten. Die Bundesregierung unterstützt deshalb im „Rahmenprogramm Energieforschung 1974 bis 1977“ u. a. folgende Forschungsvorhaben:

- Analyse des Energieflusses in der Bundesrepublik Deutschland, des Energieverbrauchs in Haushalt und Industrie, auch unter Berücksichtigung von steuerlichen Maßnahmen (Daten sollen bis Ende 1975 vorliegen).
- Untersuchungen von Energiebedarf und -darbietung, Verfügbarkeit von Energie, Wirtschaftlichkeit, Umweltbelastung und Anpassungsfähigkeit der bestehenden Versorgungsstruktur.
- Erarbeitung eines „Wärmeatlas“ in Zusammenarbeit zwischen Industrie und wissenschaftlichen Instituten als Planungsunterlagen für Wärmeverteilungssysteme und den Einsatz z. B. von Fernwärme.
- Umfassende Untersuchungen zum Thema „Technologien zur Einsparung von Energie“, mit denen ein Überblick über die verschiedenartigen Möglichkeiten zur rationelleren Verwendung der Energie gewonnen werden soll.

Durch von der Bundesregierung unterstützte konkrete Planungen und Demonstrationsprojekte sollen die weiteren Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen der Wärme-Kraft-Koppelung im Verbund von Groß- und Kleinheizkraftwerken aufgezeigt werden.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die Entwicklung von Technologien, die in verschiedenen Anwendungsbereichen zur Einsparung von Energie führen.

G. Investitionsprobleme der deutschen Energiewirtschaft

73. Der beschleunigte Ausbau der sicheren Energiequellen sowie der notwendigen Umwandlungs-, Transport- und Verarbeitungskapazitäten erfordert ein zunehmend größeres Investitionsvolumen. Der gesamte Investitionsbedarf der deutschen Energiewirtschaft dürfte bis zum Jahre 1985 in konstanten Preisen in der Größenordnung von etwa 250 Mrd. DM liegen. Im Jahresdurchschnitt sind dies etwa 21 Mrd. DM. Im Vergleich hierzu betrug das Investitionsvolumen 1973 etwa 15 Mrd. DM. Dieser Rech-

nung liegt eine Extrapolation der heute konkret absehbaren Entwicklungen zugrunde.

74. Die Bundesregierung hat die Auswirkungen des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs der Energiewirtschaft auf den Kapitalmarkt geprüft. Sie ist zu der Auffassung gekommen, daß diese Belastungen aus heutiger Sicht zu bewältigen sein dürften. Sie sieht keinen Anlaß, am Kapitalmarkt staatliche Sonderkonditionen für die Finanzierung von Energieinvestitionen zu schaffen. Sie wird aber die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Bei dieser Haltung berücksichtigt die Bundesregierung auch, daß andere Bereiche der deutschen Wirtschaft mit strukturellen Veränderungen vor ähnlichen Finanzierungsproblemen stehen, ohne hierfür besondere staatliche Hilfestellung zu erhalten.

75. Auch in der Elektrizitätswirtschaft konnten die notwendigen Investitionen bisher ohne größere Schwierigkeit finanziert werden. Für die Finanzierung der herkömmlichen Investitionen für konventionelle Kraftwerke und für Leitungen gilt dies weiterhin. Ein Problem könnte jedoch für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen entstehen, die Kernkraftwerke bauen.

Die Kosten pro Leistungseinheit liegen beim Kernkraftwerksbau um etwa 70 bis 80 % höher als bei konventionellen Kraftwerken. Außerdem ist die reine Bauzeit etwa doppelt so lang wie bei konventionellen Kraftwerken gleicher Größenordnung. Für den Finanzbedarf für diese Kernkraftwerke stehen aus der Innenfinanzierung vor allem die Abschreibungen des derzeit produzierenden Kraftwerksbestandes zur Verfügung. Bis zum Anfall der höheren Abschreibungen nach der Inbetriebnahme der Kernkraftwerke ergibt sich bei diesen Unternehmen eine erhebliche Lücke zwischen dem Wachstum der Investitionen und den möglichen Abschreibungen. Die Differenz muß mit zusätzlichem Eigenkapital oder Fremdkapital gedeckt werden. Die Bundesregierung prüft daher gegenwärtig die Finanzierungsprobleme, die sich beim Bau von Kernkraftwerken während der Übergangsperiode bis Anfang der 80er Jahre stellen könnten. Dann wird durch die inzwischen errichtete Kernkraftwerkskapazität der Gleichschritt von Abschreibungen und Investitionen wieder erreicht. Das bisher vorliegende Material reicht nach Auffassung der Bundesregierung nicht aus, um konkrete Maßnahmen zur Erleichterung der Finanzierung zu rechtfertigen.

76. Bei der Erhöhung der Plafonds für die verschiedenen Arten der Bundesbürgschaften wurden die anstehenden Energieprojekte angemessen berücksichtigt. Im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegende Energieprojekte wird die Bundesregierung auch in Zukunft im Rahmen des Plafonds mit Bürgschaften absichern, soweit dies zur Finanzierung dieser Vorhaben notwendig und nach den für Bürgschaften geltenden Grundsätzen und gesetzlichen Bestimmungen angebracht ist.

H. Energieversorgung und Umweltschutz

77. Energie- und Umweltpolitik müssen nicht in Widerspruch zueinander stehen. Beide dienen der Daseinsvorsorge und der Verbesserung der Lebensbedingungen in unserem Land. Insbesondere werden Maßnahmen zum Schutz der Umwelt den Bürger vor Gefahren und Beeinträchtigungen schützen, die seiner Gesundheit und seinem Wohlbefinden aus der Schädigung seines natürlichen Lebensraums durch die Nutzung der verschiedenen Energiearten (z. B. Öl, Kohle, Kernenergie und dergl.) drohen. Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung liegen nicht nur im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität. Sie dienen zugleich der Abwehr von Gefahren, die für den einzelnen und die Gesellschaft aus einer unzulänglichen Versorgung mit elementaren Leistungen, wie Wärme, Licht und Kraft entstehen würden.

Die Bundesregierung hat in ihrem Energieprogramm vom September 1973 dargelegt, daß eine sichere und ausreichende Energieversorgung und der Schutz der Umwelt gleichrangige Ziele ihrer Politik sind. Diese Ziele sind nicht immer leicht miteinander zu vereinbaren. Häufig bedarf es einer sorgfältigen Abwägung und im Einzelfall oft schwierigen Abstimmung aller relevanten umwelt- und energiepolitischen Gesichtspunkte, um eine optimale Lösung der jeweiligen Zielkonkurrenz zu erreichen.

Diese Grundsätze gelten unverändert; die zwischenzeitliche Entwicklung im Energiebereich gibt keinen Anlaß, das Verhältnis von Energiepolitik und Umweltpolitik neu zu bestimmen. Einerseits wird der gesamte Energieverbrauch — mit seinen potentiellen Auswirkungen auf die Umwelt — trotz geringer veranschlagter jährlicher Zuwachsraten weiterhin ansteigen, andererseits gestatten es steigende Wirtschaftlichkeit und moderne Technik, einheimische Energiequellen stärker zu nutzen, ohne den damit erreichten Zuwachs an Sicherheit in der Energieversorgung durch Abstriche an den Zielen der Umweltpolitik der Bundesregierung erkaufen zu müssen.

78. Energie- und umweltpolitische Maßnahmen müssen in Einklang gebracht werden, wenn programmatische Aussagen zur Energiepolitik in konkrete umweltrelevante Maßnahmen umgesetzt werden; dasselbe gilt, wenn Umweltmaßnahmen energiewirtschaftlich relevant werden. Der Praxis ist mit lediglich allgemeinen Umschreibungen des Verhältnisses von Energie- und Umweltpolitik nicht gedient. Andererseits müssen praktikable Abwägungskriterien gemäß den gesetzlichen Regelungen als Hilfen für Einzelfallentscheidungen bei der Durchführung des Energie- und Umweltprogramms erarbeitet werden. Die Behörden, die Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit haben einen Anspruch auf Vorschriften, die eindeutige und klare Kriterien enthalten, z. B. Sicherheitskriterien, Toleranzgrenzen, technische Normen, Typisierungen, Fristen- oder Verhaltensmaßregeln für den Einzelfall.

Auf der Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, das am 1. April 1974 in Kraft getreten ist,

hat die Bundesregierung u. a. erlassen bzw. in Vorbereitung:

- Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft) vom 28. August 1974, in der neue Grenzen für Schadstoffkonzentrationen in der Luft und Emissionen luftverunreinigender Anlagen festgelegt sowie Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen zur Eindämmung und Herabsetzung von Schadstoffemissionen vorgeschrieben werden;
- die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, durch die der zulässige Schwefelgehalt von leichten Heizölen und Dieselmotortreibstoffen bis zum 1. Januar 1979 stufenweise bis auf 0,3 Gewichtsprozent begrenzt und der erhebliche Anteil, den insbesondere die privaten Haushalte und gewerblichen Kleinverbraucher zur Belastung der Luft mit Schwefeldioxid beitragen, drastisch herabgesetzt werden soll;
- eine weitere Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, durch die der Schwefelgehalt von schwerem Heizöl, das in der Industrie und der Kraftwirtschaft in erheblichem Umfang eingesetzt wird, ebenfalls stufenweise und nachhaltig vermindert werden soll.

Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, daß die Schadstoffbelastung der Luft 1980 bereits wesentlich unter der des Jahres 1970 liegen wird. Die Maßnahmen sind sorgfältig mit den Zielen des Energieprogramms und den objektiven Möglichkeiten der Energiewirtschaft abgestimmt worden. Für den Bereich der TA-Luft ergibt sich z. B., daß schadstoffemittierende Großanlagen nur noch an Standorten errichtet werden können, die medizinisch-biologisch unbedenklich sind. Die für die neuen Steinkohlekraftwerke vorgesehenen Standorte sind mit diesen Erfordernissen vereinbar.

79. Die Grundlagen für alle Maßnahmen zur Wasserreinhaltung werden mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes und dem Abwasserabgabengesetz entscheidend verstärkt. Beide Gesetzesvorhaben, die sich z. Z. in der parlamentarischen Beratung befinden, werden auch im Bereich der Energiewirtschaft wirksam. Wasserwirtschaftliche Normen wirken sich vor allem auf die Kokereiwirtschaft und den Bergbau aus, wo eine bessere Klärung der Abwässer notwendig ist. Raffinerien und Kraftwerke geben dagegen kaum noch Schweb- und Sinkstoffe an die Gewässer ab. Die zunehmende Benutzung der Gewässer zur Kühlung in Wärmekraftwerken führt zu einer weiteren Belastung der Umwelt, insbesondere durch Abwärme. Wie weit dieser Effekt durch die teilweise eintretende Reinigung der benutzten Gewässer und ihre Anreicherung mit Sauerstoff aufgehoben wird, bedarf noch weiterer Untersuchungen. Auch hier wird die Bundesregierung Umwelt- und Energiebelange sorgsam in Einklang bringen, wie die Behandlung der Abwärme und Grubenpumpwässer in Gesetzgebungsvorhaben zeigt.

80. Wie im Energieprogramm vom September 1973 angekündigt, hat die Bundesregierung Maßnahmen eingeleitet, die auf die rechtzeitige Zweckbindung geeigneter Standorte für den bedarfsgerechten Ausbau der Energieversorgungskapazität abzielen.

Die Untersuchungen zur Standortvorsorge konzentrieren sich auf die Zieljahre 1985 und 1990. Maßgebend sind energie- und regionalwirtschaftliche Präferenzen, siedlungsstrukturelle Ziele der Raumordnung und die voraussichtliche Entwicklung der Umweltbelastung. Für die bis 1980 benötigten Standorte ist die Standortplanung — auch unter Umweltsichtspunkten — durchweg abgeschlossen. Ob die entsprechenden Vorhaben zeitgerecht realisiert werden können, hängt allerdings davon ab, wie zügig die Genehmigungsverfahren durchgeführt werden können. Die Untersuchungen sollen sich auch auf regionalisierte Energieverbrauchsschätzungen stützen.

J. Energieforschung

81. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben den dringenden Bedarf an neuen Technologien in der Energieversorgung und an grundlegenden Innovationen in der Energietechnik deutlicher werden lassen. Die Programme für die Energieforschung und -technologie sind deshalb in nahezu allen Industrieländern erheblich verstärkt und ausgeweitet worden.

Die Bundesregierung hat — gestützt auf Vorarbeiten während des Jahres 1973 — noch während der Energiekrise das „Rahmenprogramm Energieforschung (1974 bis 1977)“ verabschiedet. Es schafft die Voraussetzung für eine gezielte Forschungsförderung auch im nicht-nuklearen Bereich in Ergänzung zu dem laufenden 4. Atomprogramm. Beide Programme sehen in den nächsten Jahren Fördermittel der öffentlichen Hand von jährlich rund 1,75 Mrd. DM vor. Sie dienen der Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung und werden laufend auf ihre energiewirtschaftliche Effizienz überprüft. Sie werden rechtzeitig unter Berücksichtigung energiepolitischer Notwendigkeiten fortgeschrieben werden.

82. Durch das „Rahmenprogramm Energieforschung“ fördert die Bundesregierung — soweit die Kohleforschung betroffen ist, in Abstimmung mit den Bergbauländern — vor allem folgende Bereiche:

— Kohleveredelung

Die Förderungsmaßnahmen zur Kohleveredelung nehmen im Rahmenprogramm Energieforschung den breitesten Raum ein.

Dabei spielen die Substitution von Erdgas durch Vergasung und Methanisierung der Kohle (SNG) und der Ersatz von Erdölprodukten als chemische Grundstoffe durch entsprechende Kohleprodukte die Hauptrolle. Für die Kohlevergasung werden verschiedene Verfahren untersucht, die noch erprobt und verbessert werden müssen,

um Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit sowohl der Herstellungsprozesse als auch der Endprodukte zu garantieren. Durch Vorbehandlung minderwertiger Kohle kann hochwertiger schwefelarmer Koks gewonnen und so die Rohstoffbasis der Bundesrepublik Deutschland weiter verbreitert werden. Da ein nicht unbedeutender Teil der deutschen Kohleförderung aus solcher Kohle besteht, kommt diesen Prozessen große Bedeutung zu. Durch Weiterentwicklung der Fischer-Tropsch-Synthese können nicht nur aus Kohle wertvolle Grundstoffe für die chemische Industrie erzeugt werden, sondern auch aus Abfallprodukten der Kohleveredelungsprozesse.

Diese Kohleveredelungsverfahren sind für die Bundesrepublik angesichts ihrer großen Braun- und Steinkohlevorräte von besonderer Bedeutung. Die Bundesregierung unterstützt deshalb die Entwicklung der verschiedenen Verfahren für beide Kohlearten gleichermaßen.

— Bergtechnik und Aufbereitung

Hier fördert die Bundesregierung insbesondere Arbeiten zur Vorklärung der Lagerstätten und zur Weiterentwicklung vollmechanisierter und automatisierter Vortriebs-, Abbau- und Aufbereitungssysteme mit den Zielen, den unter vergleichsweise schwierigen Lagerstättenbedingungen erfolgenden Abbau heimischer Steinkohle weiter in seiner Leistung zu stärken sowie die Arbeitsbedingungen im Bergbau zu verbessern.

— Energieumwandlung, -transport und -speicherung

Insbesondere fördert die Bundesregierung in diesem Bereich Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Untersuchung des Potentials bisher ungenutzter Energiequellen, vor allem der Sonnenenergie mit dem Ziel ihres Einsatzes für die dezentrale Wärmeversorgung. Zur Übertragung von elektrischer Energie in die Verdichtungsräume über Trassen möglichst geringer Ausdehnung wird u. a. die Entwicklung von unterirdischen Hochleistungsübertragungssystemen sowie die Höchstspannungstechnologie gefördert. Zur rationellen Anpassung der Energiebereitstellung an den zeitlich schwankenden Bedarf und zur Nutzung alternierend verfügbarer Energiequellen wie der Sonnenenergie sind die Vorhaben zur Entwicklung leistungsfähiger Energiespeicher gleichermaßen von Bedeutung.

83. Die Bundesregierung wird prüfen, ob eine Erhöhung der Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen steuertechnisch möglich und im Energiebereich ein geeignetes Mittel ist, um die Aufbringung der von der Wirtschaft erwarteten beträchtlichen Eigenmittel zu verstärken. Für eine verstärkte Förderung kämen insbesondere in Betracht die Weiterentwicklung von Technologien zur rationellen Energieerzeugung und des Transports elektrischer Energie, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der Energieeinsparung und die Weiterentwicklung von Technologien im Gasbereich.

84. Die Energieforschung hat sich in der Vergangenheit überwiegend auf die Kernenergie konzentriert. Dies hat dazu geführt, daß wir heute im Bereich der Elektrizitätserzeugung über eine neue Energiequelle verfügen, die aus den Planungen für die Energieversorgung aller Industrieländer nicht mehr wegzudenken ist. Die zur Weiterentwicklung dieser Technik und der Erschließung ihres großen Potentials erforderlichen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des 4. Atomprogramms — vor allem für die fortgeschrittenen Reaktorsysteme und den nuklearen Brennstoffkreislauf — bilden auch heute noch den Schwerpunkt der Energieforschung. Sie werden im Atomprogramm ergänzt durch die Förderung der Erforschung der kontrollierten Kernfusion, durch die in der fernerer Zukunft ein neues großes Energiepotential erschlossen werden könnte.

In der Zukunft wird die Energieforschung verstärkt der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß der weitest- aus größte Teil der Energie in Form von Wärme benötigt wird. Heute werden rd. 40 % der Primär-

energie für die Raumheizung und fast weitere 40 % für industrielle Prozeßwärme benötigt. Diese Energie sollte zur Vermeidung von Umwandlungsverlusten möglichst direkt in Form von Wärme bereitgestellt werden. Darüber hinaus müssen neue expansive Energiequellen vermehrt dazu herangezogen werden, auch diesen Bedarf zu decken. Dies ist für den industriellen Bereich durch die Entwicklung der nuklearen Prozeßwärme und im Bereich der Raumheizung z. B. durch Fernheizsysteme denkbar.

Mit Hilfe solcher Systeme könnte durch die Nutzung der Abwärme von Kraftwerken sowohl der Primärenergieeinsatz besser genutzt als auch die thermische Umweltbelastung vermindert werden. Darüber hinaus wird auch an der Entwicklung neuer gasförmiger Sekundärenergieträger, wie z. B. Wasserstoff oder Kohlenwasserstoff in geschlossenen Kreisläufen, gearbeitet, um den Anforderungen einer flexiblen, ökonomischen und umweltfreundlichen Energieversorgungsstruktur der Zukunft gerecht zu werden.

Anhang 1

Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 |
|-------------------------------------------|------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | — in Millionen t SKE — | | | | | |
| Steinkohle | 123,4 | 125,2 | 126,9 | 121,8 | 114,4 | 102,2 |
| Braunkohle | 29,3 | 30,6 | 32,4 | 32,9 | 30,0 | 28,2 |
| Mineralöl | 53,7 | 66,7 | 80,7 | 93,4 | 108,0 | 121,9 |
| Naturgas | 1,0 | 1,3 | 1,7 | 2,5 | 3,5 | 4,2 |
| Wasserkraft | 4,8 | 4,5 | 4,3 | 4,2 | 5,2 | 5,6 |
| Kernenergie | . | . | . | . | . | 0,1 |
| Nettostrom | 1,7 | 1,2 | 1,0 | 0,4 | 1,6 | 2,7 |
| Übrige Energie | 1,8 | 1,8 | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,8 |
| Primärenergieverbrauch insgesamt | 215,7 | 231,3 | 248,9 | 257,1 | 264,6 | 266,7 |
| | — Anteile in % — | | | | | |
| Steinkohle | 57,2 | 54,1 | 51,0 | 47,4 | 43,2 | 38,3 |
| Braunkohle | 13,6 | 13,2 | 13,0 | 12,8 | 11,4 | 10,6 |
| Mineralöl | 24,9 | 28,8 | 32,4 | 36,3 | 40,8 | 45,7 |
| Naturgas | 0,5 | 0,6 | 0,7 | 1,0 | 1,3 | 1,6 |
| Wasserkraft | 2,2 | 2,0 | 1,7 | 1,6 | 2,0 | 2,1 |
| Kernenergie | . | . | . | . | . | . |
| Nettostrom | 0,8 | 0,5 | 0,4 | 0,2 | 0,6 | 1,0 |
| Übrige Energie | 0,8 | 0,8 | 0,8 | 0,7 | 0,7 | 0,7 |
| Primärenergieverbrauch insgesamt | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| Nettoeinfuhr | | | | | | |
| a) in Millionen t SKE | 32,1 | 45,5 | 60,9 | 75,3 | 92,0 | 104,6 |
| b) in % des Primärenergieverbrauchs | 14,9 | 19,7 | 24,5 | 29,3 | 34,8 | 39,2 |

und der Nettoeinfuhr 1961 bis 1973

| 1967 | 1968 | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1961 bis 1965 | 1966 bis 1970 |
|------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------------------------------|---------------|
| — in Millionen t SKE — | | | | | | | Ø jährliche Veränderung in % | |
| 96,6 | 98,0 | 101,7 | 96,8 | 90,3 | 83,4 | 84,2 | — 2,3 | — 3,3 |
| 27,3 | 28,7 | 29,9 | 30,6 | 29,3 | 31,0 | 33,1 | + 0,5 | + 0,4 |
| 127,2 | 142,4 | 160,4 | 178,9 | 185,7 | 196,4 | 209,0 | + 19,5 | + 10,6 |
| 5,7 | 9,3 | 13,1 | 18,3 | 24,0 | 30,6 | 38,6 | + 31,2 | + 39,2 |
| 5,4 | 5,4 | 4,5 | 5,7 | 4,2 | 4,1 | 4,7 | + 1,2 | + 1,9 |
| 0,4 | 0,6 | 1,7 | 2,1 | 2,0 | 3,1 | 4,0 | . | . |
| 2,5 | 2,4 | 2,1 | 2,7 | 2,2 | 4,0 | 3,4 | — 1,2 | + 11,0 |
| 1,7 | 1,7 | 1,6 | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,6 | — 1,0 | — 2,2 |
| 266,8 | 288,5 | 315,0 | 336,8 | 339,4 | 354,3 | 378,6 | + 4,6 | + 4,9 |
| — Anteile in % — | | | | | | | | |
| 36,2 | 34,0 | 32,3 | 28,8 | 26,6 | 23,6 | 22,2 | | |
| 10,2 | 9,9 | 9,5 | 9,1 | 8,6 | 8,7 | 8,7 | | |
| 47,7 | 49,4 | 50,9 | 53,1 | 54,7 | 55,4 | 55,2 | | |
| 2,1 | 3,2 | 4,2 | 5,4 | 7,1 | 8,6 | 10,2 | | |
| 2,0 | 1,9 | 1,4 | 1,7 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | | |
| 0,2 | 0,2 | 0,5 | 0,6 | 0,6 | 0,9 | 1,1 | | |
| 0,9 | 0,8 | 0,7 | 0,8 | 0,7 | 1,1 | 0,9 | | |
| 0,7 | 0,6 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,4 | | |
| 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | | |
| 109,4 | 122,6 | 142,0 | 169,5 | 179,8 | 194,7 | 214,1 | | |
| 41,0 | 42,5 | 45,1 | 50,0 | 53,0 | 55,0 | 56,6 | | |

Anhang 2

Deckung des

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|
| Raffineriekapazität am Jahresende in Millionen t | 42,5 | 46,4 | 62,4 | 72,4 |
| Raffineriekapazität (Jahresdurchschnitt) in Millionen t | 41,5 | 44,5 | 54,5 | 67,4 |
| Raffinerieerzeugung (einschließlich Eigenverbrauch und Verluste) in Millionen t | 35,4 | 39,7 | 47,0 | 57,8 |
| Kapazitätsauslastung in % (bezogen auf die Jahresdurchschnittskapazität) | 85,3 | 89,2 | 86,2 | 85,8 |
| Inlandserzeugung (ohne Eigenverbrauch und Verluste) in Millionen t | 32,8 | 36,9 | 43,4 | 53,4 |
| Gesamtbedarf (einschließlich Militärverbrauch, Bunker, Exporte und Bestandsveränderungen, ohne Eigenverbrauch und Verluste) in Millionen t | 41,6 | 50,2 | 60,9 | 69,1 |
| Einfuhr von Mineralölprodukten in Millionen t (einschließlich Bezüge im innerdeutschen Handel) .. | 8,8 | 13,3 | 17,5 | 15,7 |
| Produkteneinfuhren in % des Gesamtbedarfs | 21,2 | 26,5 | 28,7 | 22,7 |

Mineralölbedarfs

| 1965 | 1966 | 1967 | 1968 | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 |
|------|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 80,9 | 88,7 | 109,3 | 113,1 | 115,1 | 120,3 | 126,5 | 133,2 | 145,6 |
| 76,6 | 84,8 | 99,0 | 111,2 | 114,1 | 117,7 | 123,4 | 129,8 | 139,4 |
| 66,2 | 75,0 | 79,4 | 90,5 | 96,8 | 105,5 | 106,4 | 109,8 | 116,2 |
| 86,4 | 88,4 | 80,2 | 81,4 | 84,8 | 89,6 | 86,2 | 84,6 | 83,4 |
| 60,9 | 69,6 | 73,5 | 83,5 | 89,1 | 96,9 | 97,9 | 100,9 | 106,8 |
| 77,9 | 88,2 | 92,9 | 104,1 | 114,7 | 128,7 | 132,6 | 140,1 | 150,8 |
| 17,0 | 18,6 | 19,4 | 20,6 | 25,6 | 31,8 | 34,7 | 39,2 | 43,3 |
| 21,8 | 21,1 | 20,9 | 19,8 | 22,3 | 24,7 | 26,2 | 28,0 | 28,7 |

Anhang 3

Rohöleinfuhr nach

| | Gesamteinfuhr | Naher Osten | darunter | | | | |
|----------------------------|---------------|-------------|---------------|-------|--------|--------|-------------------------|
| | | | Saudi-Arabien | Irak | Kuwait | Iran | Abu Dhabi Dubai/Oman |
| — in 1 000 t — | | | | | | | |
| 1961 | 29 657 | 22 175 | 3 761 | 4 378 | 2 271 | 10 000 | — |
| 1962 | 33 260 | 22 958 | 2 662 | 5 214 | 2 573 | 11 203 | — |
| 1963 | 40 438 | 23 526 | 4 451 | 5 348 | 2 733 | 9 709 | — |
| 1964 | 51 740 | 25 516 | 7 578 | 5 409 | 2 752 | 7 384 | 1 453 |
| 1965 | 59 068 | 24 875 | 8 104 | 5 189 | 2 570 | 6 117 | 2 878 |
| 1966 | 67 687 | 26 283 | 9 073 | 3 959 | 2 035 | 7 275 | 3 842 |
| 1967 | 72 032 | 30 034 | 11 754 | 1 568 | 3 499 | 6 435 | 5 306 |
| 1968 | 84 091 | 32 418 | 13 438 | 2 743 | 2 685 | 6 535 | 5 735 |
| 1969 | 89 551 | 29 699 | 11 993 | 2 340 | 2 986 | 5 866 | 6 128 |
| 1970 | 98 786 | 33 830 | 12 058 | 3 478 | 3 953 | 8 269 | 5 764 |
| 1971 | 100 230 | 40 943 | 16 845 | 4 168 | 4 299 | 8 517 | 5 861 |
| 1972 | 102 600 | 43 033 | 18 998 | 1 896 | 4 344 | 9 808 | 6 472 |
| 1973 | 110 493 | 54 455 | 25 283 | 1 613 | 4 286 | 14 122 | 7 892 |
| — in % der Gesamteinfuhr — | | | | | | | |
| 1961 | 100 | 74,8 | 12,7 | 14,8 | 7,7 | 33,7 | — |
| 1962 | 100 | 69,0 | 8,0 | 15,7 | 7,7 | 33,7 | — |
| 1963 | 100 | 58,2 | 11,0 | 13,2 | 6,8 | 24,0 | — |
| 1964 | 100 | 49,3 | 14,6 | 10,5 | 5,3 | 14,3 | 2,8 |
| 1965 | 100 | 42,1 | 13,7 | 8,8 | 4,4 | 10,4 | 4,9 |
| 1966 | 100 | 38,8 | 13,4 | 5,8 | 3,0 | 10,7 | 5,7 |
| 1967 | 100 | 41,7 | 16,3 | 2,2 | 4,9 | 8,9 | 7,4 |
| 1968 | 100 | 38,6 | 16,0 | 3,3 | 3,2 | 7,8 | 6,8 |
| 1969 | 100 | 33,2 | 13,4 | 2,6 | 3,3 | 6,6 | 6,8 |
| 1970 | 100 | 34,2 | 12,2 | 3,5 | 4,0 | 8,4 | 5,8 |
| 1971 | 100 | 40,8 | 16,8 | 4,2 | 4,3 | 8,5 | 5,8 |
| 1972 | 100 | 41,9 | 18,5 | 1,8 | 4,2 | 9,6 | 6,3 |
| 1973 | 100 | 49,3 | 22,9 | 1,5 | 3,9 | 12,8 | 7,1 |

Herkunftsgebieten

| Afrika | darunter | | | Venezuela | Sowjetunion |
|----------------------------|----------|--------|---------|-----------|-------------|
| | Algerien | Libyen | Nigeria | | |
| — in 1 000 t — | | | | | |
| 1 722 | 1 598 | 44 | 80 | 2 941 | 1 622 |
| 4 145 | 2 500 | 876 | 769 | 3 913 | 1 822 |
| 10 139 | 2 604 | 6 595 | 908 | 4 278 | 2 195 |
| 19 086 | 2 973 | 14 662 | 1 451 | 4 045 | 3 030 |
| 28 121 | 2 554 | 23 131 | 2 405 | 3 487 | 2 585 |
| 34 473 | 4 568 | 26 330 | 3 052 | 3 646 | 3 285 |
| 33 895 | 6 708 | 22 559 | 3 250 | 3 714 | 4 064 |
| 44 714 | 7 108 | 36 336 | 150 | 2 949 | 3 954 |
| 52 429 | 8 485 | 40 483 | 1 800 | 3 883 | 3 493 |
| 58 118 | 7 984 | 40 922 | 6 945 | 3 402 | 3 437 |
| 53 053 | 11 327 | 29 940 | 9 511 | 2 838 | 3 318 |
| 52 511 | 11 430 | 28 482 | 10 890 | 3 727 | 2 845 |
| 50 774 | 13 557 | 25 649 | 10 249 | 2 163 | 2 735 |
| — in % der Gesamteinfuhr — | | | | | |
| 5,8 | 5,4 | 0,1 | 0,3 | 9,9 | 5,5 |
| 12,5 | 7,5 | 2,6 | 2,3 | 11,8 | 5,5 |
| 25,1 | 6,4 | 16,3 | 2,2 | 10,6 | 5,4 |
| 36,9 | 5,7 | 28,3 | 2,8 | 7,8 | 5,9 |
| 47,6 | 4,3 | 39,2 | 4,1 | 5,9 | 4,4 |
| 50,9 | 6,7 | 38,9 | 4,5 | 5,4 | 4,9 |
| 47,1 | 9,3 | 31,3 | 4,5 | 5,2 | 5,6 |
| 53,2 | 8,5 | 43,2 | 0,2 | 3,5 | 4,7 |
| 58,5 | 9,5 | 45,2 | 2,0 | 4,3 | 3,9 |
| 58,8 | 8,1 | 41,4 | 7,0 | 3,4 | 3,5 |
| 52,9 | 11,3 | 29,9 | 9,5 | 2,8 | 3,3 |
| 51,2 | 11,1 | 27,8 | 10,6 | 3,6 | 2,8 |
| 46,0 | 12,3 | 23,2 | 9,3 | 2,0 | 2,5 |

Anhang 4

Einfuhr von Mineralölerzeugnissen nach Herkunftsländern

| | 1970 | | 1971 | | 1972 | | 1973 | |
|--------------------------|----------|--------|----------|--------|----------|--------|----------|--------|
| | 1000/t | % | 1000/t | % | 1000/t | % | 1000/t | % |
| Frankreich | 2 765 | 8,9 | 2 957 | 8,7 | 3 195 | 8,4 | 3 225 | 7,7 |
| Belgien/Luxemburg | 2 512 | 8,1 | 3 169 | 9,3 | 2 589 | 6,8 | 2 286 | 5,5 |
| Niederlande | 14 471 | 46,6 | 16 988 | 50,0 | 18 797 | 49,7 | 22 353 | 53,5 |
| Italien | 4 098 | 13,2 | 3 834 | 11,3 | 3 102 | 8,2 | 3 622 | 8,7 |
| Großbritannien | 954 | 3,1 | 1 250 | 3,7 | 1 877 | 5,0 | 1 349 | 3,2 |
| Dänemark | 80 | 0,33 | 57 | 0,2 | 66 | 0,2 | 150 | 0,3 |
| (EWG) | (24 880) | (80,2) | (28 255) | (83,2) | (29 626) | (78,3) | (32 985) | (78,9) |
| Sonstige Länder | 916 | 2,9 | 981 | 2,9 | 1 474 | 3,9 | 1 706 | 4,1 |
| (Westeuropa) | (25 796) | (83,1) | (29 236) | (86,1) | (31 100) | (82,2) | (34 691) | (83,0) |
| Ostblock | 3 407 | 11,0 | 3 515 | 10,3 | 4 241 | 11,2 | 3 887 | 9,3 |
| Afrika | 27 | 0,1 | 100 | 0,3 | 137 | 0,4 | 379 | 0,9 |
| Amerika | 1 224 | 3,9 | 844 | 2,5 | 2 145 | 5,6 | 2 428 | 5,8 |
| Naher Osten | 569 | 1,8 | 263 | 0,8 | 222 | 0,6 | 399 | 1,0 |
| Ferner Osten | 18 | 0,06 | 14 | 0,04 | 3 | — | 5 | — |
| Gesamt | 31 041 | 100,0 | 33 972 | 100,0 | 37 848 | 100,0 | 41 789 | 100,0 |
| Bezüge aus der DDR | 804 | | 769 | | 1 283 | | 1 482 | |

Anhang 5

Zahlen zum

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 |
|------------------------------------------------------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| Steinkohlen-Förderung in Millionen t | 142,7 | 141,1 | 142,1 | 142,2 |
| Gesamtbelegschaft (Jahresende) in 1 000 | 465 | 434 | 412 | 399 |
| Schichtleistung (je Mann und Schicht) unter Tage in kg | 2 207 | 2 372 | 2 521 | 2 614 |
| Halden (SK + SKK zusammen) in Millionen t am Jahresende | 11,7 | 9,6 | 3,8 | 7,8 |
| Absatz von Steinkohle, -briketts und -koks insgesamt in Millionen t | 117 | 120 | 126 | 116 |
| davon Ausfuhr in EG- und Drittländer | 28 | 29 | 30 | 26 |

Anhang 5

Steinkohlenbergbau

| 1965 | 1966 | 1967 | 1968 | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 135,1 | 126,0 | 112,0 | 112,0 | 111,6 | 111,3 | 110,8 | 102,5 | 97,3 |
| 377 | 334 | 287 | 264 | 254 | 253 | 244 | 221 | 205 |
| 2 705 | 2 926 | 3 264 | 3 526 | 3 665 | 3 755 | 3 828 | 4 015 | 4 068 |
| 15,4 | 20,4 | 17,8 | 9,5 | 2,6 | 1,2 | 9,5 | 16,2 | 14,9 |
| 106 | 98 | 97 | 103 | 105 | 112 | 100 | 94 | 98 |
| 24 | 25 | 26 | 30 | 28 | 26 | 23 | 22 | 24 |